

Unter anderem in dieser Ausgabe:

INTERVIEW: MIT ULF SCHIRMER VON DER OPER LEIPZIG s. 2

BUNDESTAG: BERICHT VON DREI JAHREN ARBEIT s. 6

MORIA: AUSNAHMEZUSTAND DARF NICHT REGEL WERDEN s. 16

SCHEISSE: ZU WENIG ÖFFENTLICHE TOILETTEN s. 19

Veranstaltungstipp

Online-Termine

Zahlreiche unserer Strukturen bieten Online-Veranstaltungen an: Bundes- & Landesverband, AGs und Ortsverbände sowie unsere Fraktionen.

siehe S. 7 & unsere Websites

Mitteilungsblatt

Ausgabe 12/20 – 01/21

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

DIE LINKE.



Kulturschaffende machen am 28. November 2020 in Leipzig auf ihre prekäre Lage aufmerksam.

Bild: Daniel Merbitz

Existenzängste

Daniel Merbitz Mit Maske und Abstand für die Kulturschaffenden

Am 28. November 2020 haben sich auf dem Leipziger Augustplatz knapp 200 Kulturschaffende mit Masken und Abstand versammelt, um auf ihre prekäre Lage und die Schließung der Kultureinrichtungen aufmerksam zu machen. Eine Eiskönigin und ihr Eiskönig halten ein Schild in den trüben Himmel: „Friert die Kultur nicht ein!“ Vor dem Mendebrunnen wird ein langes Banner gehalten: „Wir wollen kulturell arbeiten!“ Davor werden alle paar Minuten weiße und rote Grabkerzen abgestellt. Im Kundgebungsaufruf heißt es: „Wir sind eine Gruppe von freiberuflichen Künstlern und Kulturschaffenden aus Leipzig. Wir sind Musiker, Theaterschaffende, TänzerInnen, Tanzschulinhaber...Wir haben in einer Zeit, in der wir kein Einkommen hatten, Geld investiert, um Hygienekonzepte zu entwickeln und in unseren Einrichtungen zu installieren. Wir haben unsere strukturellen Bedingungen verändert, Gruppen verkleinert, Publikumsverkehr reduziert, Abstandsgebote und Maskenpflicht eingehalten und damit Sorge getragen, dass es nicht zu einer Verbreitung des Virus in unseren Einrichtungen kam... Es soll ausschließlich auf die existenziell bedrohliche Situation der Kulturbetriebe und Kulturschaffenden aufmerksam gemacht werden! Das heißt: wir halten uns hier – wie auch in unseren Kulturstätten – an die regulären Hygienemaßnahmen (Maske + Abstand)!“ Ich frage mich durch den Teilnehmerkreis, hier jemand von einem freien Theater, dort jemand vom Tanz.

Dann pöbeln ein paar Passanten die sehr auf Hygiene bedachten Kundgebungsteilnehmer an: „Maske ab!“ Doch diese Störenfriede ziehen schnell wieder ab. Ich gehe weiter. Meine besorgte Frage, ob diese Kundgebung etwas mit der Querdenker-Bewegung zu tun hat, wird empört beantwortet. „Nein! Das ganze Gegenteil, wir sind Künstler. Wir tragen hier alle Maske und halten Abstand. Und in unseren Kultureinrichtungen haben wir strenge Hygienekonzepte“, so die Antwort. Ich spreche einen Mann mit einem Schild an, wo für eine Petition geworben wird. Small-Talk. Sein Schild schaue ich mir jetzt genauer an. Darauf steht: „Wir räumen dem Gesundheitsschutz oberste Priorität ein, verlangen aber von den Verantwortlichen, bei Einschränkungen das nötige Augenmaß zu wahren. Theater und Konzerthallen sind sichere Orte. Sie müssen möglichst bald wieder öffnen dürfen. Sie sind mehr denn je wichtige Orte der Bildung und der Kultur.“ Die Petition macht mich neugierig. Wer will da was? MUTHEA, die Bundesvereinigung der deutschen Musik- und Theaterfördergesellschaften, die in ihren Mitgliedsvereinen über 40.000 Einzelmitglieder zählt, fordert mit einer Petition den Erhalt und eine maßvolle Weiterführung des kulturellen Angebotes auch in Zeiten einer Pandemie. Dann werde ich von zwei Akrobaten mit Maske in den Bann gezogen. Eine stille Performance. Wenig später tanzt jemand mit einem über großem grünen Totenschädel verkleidet. Eine

seltsame Ruhe. Man spürt keine Wut, es ist blanke Verzweiflung. Die Sorgen sind fast greifbar. Existenzängste sind hier sehr real. Und die Hochkultur, wie sieht es da aus? Mehrere Leipziger Museen haben am 19. November 2020 einen gemeinsamen Brief veröffentlicht. Es geht dabei um die Wiederöffnung von Museen und Gedenkstätten auch unter den Bedingungen einer noch nicht eingedämmten Corona-Pandemie. Das Museum der bildenden Künste, das Stadtgeschichtliche Museum, das Naturkundemuseum und das GRASSI Museum für Angewandte Kunst fordern eine „schnellstmögliche Wiederöffnung ... im Rahmen der den jeweils gültigen Hygienekonzepten entsprechenden Beschränkungen und Regularien...“ Und sie haben auch eine starke Begründung: „Zudem benötigen wir alle gerade jetzt und in den bevorstehenden dunklen Monaten die Begegnung mit Schönheit und Tradition in essentieller Weise. Ohne die Erfahrung der Kontemplation und das begeisterte Sprechen über Geschichte, Gegenwart und Zukunft wird unsere Gesellschaft in eine langanhaltende Depression absinken. Nichts davon kann man jedoch auf Dauer nur zuhause und allein genießen – von der Illusion einer rein digitalen Repräsentanz von Bildungsinhalten und Kulturerlebnissen haben uns die vergangenen Monate gründlich geheilt.“ Auch der Deutsche Bühnenverein, der Zusammenschluss der Theater und Orchester, sorgt sich um die Gesundheit der Bevölkerung und die

Sprechstunden & Sozialberatung

DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB Sprechstunden und Termine

Die regelmäßigen Sprechstunden und Beratungstermine der Leipziger LINKEN sind für alle Interessierten offen und kostenfrei nutzbar. Auf Grund der Corona-Pandemie können die Sprechstunden auch telefonisch und/oder online stattfinden. Mehr Infos dazu auf den Internet-Seiten der jeweiligen Büros oder per Telefon.

Sprechstunden:

- Mo. 14. Dezember 2020, 16:00 Uhr, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 18: Bürgersprechstunde mit dem MdB und Stadtrat Sören Pellmann

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Sozialberatung mit Marko Forberger
Tel.Nr.: (0341) 308 11 99
- jeden Mi. 13:00 bis 16:00 Uhr, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 18, Sozialberatung mit der Leipziger Erwerbsloseninitiative
Tel.Nr.: (0341) 231 84 40
- jeden Do. 12:00 bis 15:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 32, Sozialberatung mit Marko Forberger
Tel. Nr.: (0341) 492 731 48
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Brandstraße 15, Vereinsberatung
Anmeldung: prinzeessin@linxx.net

Im Stadtrat:

- Ratsversammlung: 16. Dezember 2020, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Fraktionssitzung: 13. Januar 2021, 17:00 Uhr, Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 20. Januar 2021, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus
- Fraktionssitzung: 17. Februar 2021, 17:00 Uhr, Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 24. Februar 2021, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

Fortsetzung von vorheriger Seite

Existenz vieler Kulturschaffenden. In der gesamten Republik sollen am 30. November 2020 [nach Redaktionsschluss] die Theatergebäude rot beleuchtet werden. Dazu sind künstlerische Aktionen, digitale Aktivitäten und Kampagnen geplant, um auf die Bedeutung der Theaterlandschaft für den sozialen Zusammenhalt, die gesellschaftliche Orientierung und die individuelle Sinnstiftung aufmerksam zu machen. „Dazu gehört auch die Solidarität mit anderen Institutionen des öffentlichen Lebens, Kultureinrichtungen und freischaffenden Künstler*innen und mit all

denen, die durch die Situation existentiell bedroht sind“, heißt es im Aufruf. „Wenn sich die Theater und Orchester zurzeit auch nicht als Orte des Zusammenkommens zur Verfügung stellen können, so möchten sie dennoch einen Impuls von Lebendigkeit geben und ihrem Glauben an die künstlerische Utopie Ausdruck verleihen. Sobald es wieder möglich ist, stehen sie für die künstlerische Aufarbeitung unserer gesellschaftlichen Krise zur Verfügung“, so die Intendantinnen und Intendanten. Die Kulturszene ist in Bewegung auf den realen und digitalen Plätzen.



Intendant und Dirigent Ulf Schirmer beim Konzert „Vorhang auf! – Eröffnung der Saison 20/21“.

Foto: (c) Oper Leipzig / Kirsten Nijthof

Wir vermissen die Begegnungen

Daniel Merbitz Leipziger Opernintendant Ulf Schirmer im Interview

Sie sind seit 2009 Generalmusikdirektor der Oper Leipzig und seit 2011 zusätzlich auch deren Intendant. Jetzt die schwierige Zeit der Pandemie. Wie wirkt sich die Corona-Krise auf die Oper Leipzig aus?

Wir dürfen nicht spielen! Das wirkt sich vielfältig aus, im Praktischen und im Menschlichen. Schon seit Monaten gibt es ja nicht das geplante Programm und wir arbeiten auf vielen Ebenen sehr hart für Ersatzspielpläne, die dann laufend wieder besprochen, angepasst und verändert werden müssen. Das ist auch vertragstechnisch nicht immer ganz leicht wegen der Verschiebungen und Absagen an die Sängerinnen und Sänger. Aber wir haben da ein gutes Modell entwickelt mit kollegialen Vergleichsangeboten, die gerne von unseren Gästen angenommen werden. Mein Dank geht vor allem an die Ensembles. Die Künstlerinnen und Künstler leiden am meisten darunter, dass sie nicht auftreten, nicht für ihr Publikum singen, nicht tanzen können. Zum Aktionstag der Theater und Bühnen haben wir das Zitat von Robert Schumann auf einer Fahne am Opernhaus aufgehängt: „Licht senden in die Tiefe des menschlichen Herzens – des Künstlers Be-

ruf.“ Wir setzen die Proben fort und bleiben optimistisch, auch wenn das Leben und Arbeiten hinter der Bühne sehr vom Hygienekonzept bestimmt wird.

Sie hatten einen Coronafall im Leipziger Ballett. Wie gehen Sie mit der Ansteckungsgefahr um?

Wir handhaben das sehr streng hier am Haus mit einem klaren Regelwerk und wachen Verantwortlichen, die das gleich auffangen und in die richtigen Bahnen lenken. Dafür bin ich sehr dankbar. Wegen des Covid-19-Falls im Ensemble des Leipziger Balletts wurden alle Tänzerinnen und Tänzer getestet. Niemand hat sich angesteckt und die Kollegen haben einen Lieferdienst mit Lebensmitteln organisiert. Das Leipziger Ballett trainiert grundsätzlich in zwei getrennten Teams, setzt bei Proben und in den aktuellen Choreografien immer auf Abstand und lässt außerdem derzeit keine Außenkontakte in den Ballettsaal. Dadurch waren auch die beiden letzten „Solitude“-Vorstellungen gerettet.

Mehr Gesundheitsschutz ist das eine. Bewirkt die Corona-Krise einen langfristi-

gen, künstlerischen und verbreitungstechnischen Digitalisierungsschub am Theater?

Das glaube ich nicht. Wo bei ich das differenzieren möchte: Wir befinden uns intern am Anfang einer umfangreichen Digitalisierung. Das ganze Vertragswesen, Verwaltungsabläufe überhaupt werden in einem mehrjährigen Prozess in digitale Strukturen übertragen werden müssen. Ihre Frage zielt aber wohl ab auf unsere Kunst und die Medien, die wir für die Verbreitung nutzen. Und da bestehe ich darauf, dass Oper den Kontakt zu den Zuschauern braucht, die zuschauen und zuhören und anwesend sind. Dieses Resonanzfeld gilt es zu erhalten und zu pflegen, diese Jahrtausende alte Kunstform. Das ist unser Auftrag und das lässt sich nicht digital ersetzen. Davon unbenommen streamen wir eine aktuelle Premiere oder bieten einen Podcast und Audioeinführungen an.

Das „analoge“ Zusammensein ist ein Wesensmerkmal des Musiktheaters, die Gemeinschaft, und das ganze „Drumherum“ von Pausen-Canapés und Grauburgunder über Stück-Einführungen und Nachgespräche bis zur Premierenfeier – wir vermissen es derzeit sehr. Wird es dafür eine neue Wertschätzung geben?

Das kann ich nicht sagen, das kann nur das Publikum beantworten. Wir werden uns allergrößte Mühe geben und jede Anstrengung unternehmen, die höchste Qualität anzubieten, wenn es wieder möglich sein wird. Ob sich durch die Coronazeit das Publikumsverhalten ändert, ob sich sozusagen geneitsch in der Wahrnehmung und Erwartung etwas ändert, das können wir alle noch nicht wissen. Die bisherigen Reaktionen lassen mich hoffen: Die Besucher- und Presseresonanz auf die vorgezogene Lohengrin-Premiere war sehr positiv, der Vorverkauf zum Festival Wagner 22 läuft gut. Und der Besucherservice erzählt von Gesprächen voller Vorfreude. Wir vermissen die Begegnungen ja auch, den unbefangenen Austausch.

... die Sehnsucht nach Kultur ist groß...die verleitet mich zu einer angespitzten Frage. Wie systemrelevant ist Kultur oder kann oder will Kultur gar nicht systemrelevant sein?

Schon das Wort der Systemrelevanz empfinde ich als schwierig. Ich glaube nicht, dass unser Miteinander – auch im Wirtschaftli-



Darf man an Richard Wagners Partituren Kürzungen vornehmen, sogenannte „Striche“ machen? Joachim Herz (1924-2010), die Legende unter den Opernregisseuren, mochte sich darüber nur leise schelmisch (und manchmal laut) wundern. Ja – war sein Antwort gewesen. Und in Pandemie-Zeiten, wenn man die Wahl hat: Wagner gekürzt oder gar kein Wagner? Die Antwort der Leipziger Oper ist richtig. Die gekürzte Fassung feierte ihre Premiere am 1. November 2020. Mit dem gekürzten „Lohengrin“ von Richard Wagner wird es nach einer (bislang nicht absehbaren) Wiederaufnahme des Spielbetriebs auch weitergehen. Lohengrin und Elsa. Eine schöne und tragische Liebe. Auf dem Foto ist Jennifer Holloway als Elsa zu sehen. Im 2. Akt/2. Szene Elsa malt sich gerade ihre Hochzeit mit Lohengrin aus und spielt diese Zeremonie Ortrud vor, auf einem Tisch stehend: „... geschmückt im prächtigen Gewanden, sollst du mit mir zum Münster gehen. Dort harre ich des Helden mein, vor Gott sein Ehgemahl zu sein, vor Gott sein Ehgemahl zu sein.“ Sie tanzt in Vorfreude auf das erträumte Leben mit Lohengrin: Erlösung, Liebe, Zukunft, Party... Elsa benutzt den Tisch – wie schon in der großen ‚Schwesternszene‘ im 1. Akt – als ihren Catwalk und besingt in ihrer Arie in diesem 1. Akt, bereits vor der Begegnung mit Lohengrin, dass sich ihr Schicksal zum Guten ändern wird: „Des Ritters will ich wahren, er soll mein Streiter sein! Hörst, was dem Gott gesandten ich biete für Gewähr: in meines Vaters Landen die Krone trage er; mich glücklich soll ich preisen, nimmt er mein Gut dahin, will er Gemahl mich heißen, geb ich ihm, was ich bin.“

Foto: (c) Oper Leipzig/ Kirsten Nijhof

chen – ein feststehendes System ist, wie das Wort schon suggeriert. Unsere Gesellschaft ist in ständiger Entwicklung begriffen, das ist etwas Prozessuales. Und in diesem Werden und Vergehen hat sich der Teil der Kultur, für den ich mitverantwortlich bin, als erstaunlich widerstandsfähig erwiesen. Durch feudalistische, bürgerliche und sozialistische Entwicklungen hindurch bis zu unserer demokratisch verfassten Gesellschaft hat es immer diese Kunstform gegeben. Das lässt mich sehr hoffen, dass es auch weiter der Fall sein wird und wir weiter für die seelische Bereicherung der Menschen etwas tun können. Musik, musikalisches Drama, Ballett bedeuten doch für alle Menschen etwas Verschiedenes. Wir überlassen das in aller Offenheit und ohne Bevormundung dem Einzelnen, wie er damit umgeht. Kunstwerke finden im Auge des Betrachters statt. Wir müssen keine Demokratie retten, die mir im Übrigen auch nicht in Gefahr scheint. Manche Wagner-Freunde sind hin- und hergerissen. Ein verkürzter Wagner oder gar keiner. Ein reduziertes Orchester oder keine Aufführung. Dies scheinen in Pandemiezeiten die Alternativen zu sein...

Die große Bühne des Opernhauses lässt die volle Orchesterbesetzung zu. Wir genießen also den großen Klang, aber für die Coronafassungen müssen wir eine gekürzte Grundstruktur ohne Pause erarbeiten. Das ist in der Oper nicht neu: Striche sind seit dem 19. Jahrhundert üblich, auf Wiederholungen wurde schon oft verzichtet, selbst wo es – wenn ich z. B. an den „Siegfried“ von Joachim Herz denke – die musikalische

Balance schmerzhaft störte. Akte können sogar auf verschiedene Abende verteilt werden. Beim „Lohengrin“ haben wir modulartig auf die Beziehungen der Protagonisten und auf harmonische Schnitte und Übergänge gesetzt, was wunderbar funktioniert hat. Auch die gekürzte Fassung von Verdis „Il trovatore“ halte ich für eindrucksvoll.

Was wünschen Sie sich von der Politik?

Ich wünsche mir etwas, von dem ich weiß, dass es nicht machbar ist. Längere Planungshorizonte sind für den Opernbetrieb wesentlich und genau das sicherzustellen, ist zurzeit nicht möglich. Entscheidungen dazu können – allein schon aus verfassungsrechtlichen Gründen – nur Schritt für Schritt verhandelt, begründet und gefällt werden. Wir haben jetzt zusammen mit der Stadtverwaltung Leipzig eine gute Vorgehensweise zur weiteren Spielplanung gefunden, die kurz- und mittelfristig gelingen kann. Wir fangen ja sonst im Opernbereich bis zu fünf Jahre vorher an, eine Spielzeit zu planen, damit eine Inszenierung über die notwendigen Ressourcen an Musikern, Stimmen, Probenzeiten etc. verfügt. Ansonsten kann ich der Devise der Stadtverwaltung Leipzig nur zustimmen: Maske auf und durch! Frau Dr. Jennicke und Herrn Bonew gilt mein ausdrücklicher Dank für die langfristigen Perspektiven im Kulturhaushalt, die sie erst kürzlich in einer Onlinekonferenz auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Oper aufgezeigt haben.

Vielen Dank für das Interview und bleiben Sie gesund!

"Ni una menos!" - dt. sinngem.: "Es darf keine fehlen" ist der Slogan, unter dem in spanischsprachigen Ländern Menschen gegen geschlechtsbezogene Gewalt protestieren.



Foto: Natalia Vera - CC BY-SA

Keine mehr - Gewalt gegen Frauen* stoppen!

Susanne Scheidereiter Anlässlich des am 25.11. begangenen Tages „Nein zu Gewalt an Frauen* und Mädchen“, initiiert von der Frauenrechtsgruppe Terre de femme, luden wir als AG Lisa auch in diesem Jahr zu einer Podiumsdiskussion ein. Diesmal aus bekannten Gründen online.

Im Fokus der Betrachtung stand aktuell der Femizid, also die physische Vernichtung einer Frau*, weil sie eine Frau* ist. Jeden Tag versucht ein Mann in Deutschland seine Partnerin bzw. Ex-Partnerin zu töten, jeden dritten Tag gelingt es ihm.

Diesem erschütternden Schlusspunkt einer Partnerschaft oder Beziehung gehen sowohl psychische als auch physische Gewalt voraus: die Person wird eingeschüchtert, erniedrigt, oft sozial isoliert sowie geschlagen und misshandelt.

Pikanterweise gibt es den Begriff „Femizid“ in der deutschen Rechtsprechung nicht; Frauenmorde sind Privatsache, werden in den Medien verharmlosend als „Familientragödie“, „Eifersuchtsdrama“ o.Ä. deklariert und somit um ihre gesellschaftliche Dimension gebracht. Denn dass diese vorhanden ist, belegen die weltweit hohen Zahlen von Femiziden.

Gerade in Pandemiezeiten verschlechtern sich die Bedingungen für die von Gewalt betroffenen Frauen* noch mehr: ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt, häusliche Isolation sowie finanzielle Probleme führen zu Spannungen sowie Aggressionen in der Partnerschaft. Nicht betreute Kinder müs-

sen zuhause beschult und versorgt werden, vor allem von den Müttern, die gleichzeitig noch im homeoffice Lohnarbeit verrichten oder eben ihrer Arbeit in der Pflege, im Einzelhandel oder anderen „Frauenberufen“ nachkommen müssen, jetzt unter erhöhtem Stresspegel.

Dies gesellschaftlich einzuordnen und gleichzeitig Hilfsangebote für Betroffene zu offerieren bzw. über Prävention zu sprechen, war das Ziel unseres gut besetzten Podiums. Wir haben uns gefreut, Koschka Linkerhand (feministische Referentin), die Gruppe: „Keine mehr!“, den Verein „Frauen für Frauen Leipzig“ sowie eine Vertreterin des „Bellis e.V.“ begrüßen zu können.

Dass es nur eine Forderung sein kann, die steigenden Bedarfe an Plätzen in den Frauenschutzhäusern anzupassen, zeigte sich in der Diskussion. Aufgrund von Hygienemaßnahmen mussten Frauen in der letzten Monaten abgewiesen werden, jedoch wurde ein sogenanntes Clearing – Haus für drogenabhängige Frauen realisiert, die bisher in den Frauenschutzhäusern nicht aufgenommen werden konnten, wie Beate Ehms vom Gleichstellungsbeirat berichtete.

Weiterhin gilt es, das Selbstverständnis/

Selbstbewusstsein von Frauen*, die Opfer geworden sind, positiv zu verändern, Hilfsprogramme, ein juristischer Beistand und Beratung sind hier notwendig, wie sie in Leipzig u.a. vom Bellis e.V. sowie dem Verein „Frauen für Frauen“ angeboten werden. Vor allem müssen die klassischen Rollenbilder, die sich in den letzten Jahren gefühlt sehr verstärkt haben, hinterfragt und aufgebrochen werden. Denn es zeigt sich, dass Frauen gerade dann zu Opfern von Morden werden, wenn sie versuchen, aus ihrer zugeschriebenen Frauenrolle auszubrechen. An dieser Stelle setzt die Mädchenarbeit/Girlz*space des Vereins „Frauen für Frauen“ an. Im Mittelpunkt deren Arbeit steht vor allem die Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischem Rollenverhalten und die Entwicklung einer selbstbestimmten weiblichen Identität.

Und was wir alle tun können: Augen und Ohren offen halten, sich einmischen, wenn vermutet werden muss, dass Frauen* in ihrer Familie/ Partnerschaft misshandelt werden. Frauen ansprechen! Denn Gewalt ist niemals eine Privatsache!

📞 Frauennotruf: 0341 - 4798179

OVG Bautzen und Polizei Sachsen tragen Verantwortung für Chaos-Demo am 7. November

Oliver Gebhardt Innenminister Wöllner muss Konsequenzen ziehen

Nachdem das Oberverwaltungsgericht am Morgen des 7. November die Demonstrationen der sogenannten Querdenker als Kundgebung genehmigt hatte und der Marsch um den Ring untersagt war, lag es maßgeblich an der sächsischen Polizei und an der örtlichen Einsatzleitung Auflagen zu kontrollieren. Bereits bei den ersten Veranstaltungen am Morgen wurden insbesondere die Auflagen gemäß der sächsischen Corona-Schutzverordnung, Abstand zu halten und einen Mund-Nasen-Schutz zu tragen nicht beachtet. Eine Verfolgung dieser Ordnungswidrigkeiten oder ein Ende der Veranstaltung folgten nicht. Beim Veranstaltungsgeschehen in der Leipziger Innenstadt zeigt sich das gleiche Bild. Teilnehmer der Kundgebung der sogenannten Querdenker trugen keinen Mund-Nasen-Schutz, sie hielten keinen Abstand. Zudem wurden die Teilnehmer durch die Polizei durch die Demonstration von Leipzig nimmt Platz durchgeschleust.

Zu den Vorkommnissen erklärt Sören Pellmann, Leipziger Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender Linksfraktion im Leipziger Stadtrat: „Die Geschehnisse sind beängstigend und versammlungsrechtlich ein absolutes No-Go. Die martialischen und einschüchternden Auftritte von Nazis, Faschisten und Hooligans waren derart offensichtlich, dass niemand mehr sagen kann, er wisse nicht, wessen Geist die Querdenkerbewegung ist. Mit den körperlichen Angriffen auf Polizisten, auf unabhängige Pressevertreter sowie friedliche Gegendemonstranten wurden die demokratischen Grundwerte frontal angegriffen“.

Darüber hinaus erklärt Sören Pellmann zur Einsatztaktik der Polizei: „Wesentlicher Bestandteil der Corona-Schutzverordnung ist, dass keine Demonstrationen stattfinden dürfen. Das hatte das OVG auch bestätigt. Die sächsische Polizei hat der Stadtverwaltung gegenüber versichert, dass dieses Verbot in jedem Fall durchgesetzt wird. Zu beobachten war dann, dass es keinen Widerstand der Polizei gegen die Durchbrüche und letztendlich illegalen Demonstrationen gab. Vielmehr wurde noch der Weg für diesen illegalen Aufzug freigehalten. Im Ergebnis drängen sich eine Reihe von Fragen auf. Die entscheidende ist aber, hatte die Polizei eine Taktik und wie sah diese aus? Beobachten



Fotos: Paul P. / Linksjugend Sachsen

und Rechtsverstöße ungeahndet geschehen lassen ist definitiv keine Taktik, dennoch wiederholte sich Selbiges auch am 21. November, als erneut hunderte Querdenker, Corona-Leugner und Nazis durch Leipzig liefen. Die Geschehnisse reihen sich in eine fast nicht enden wollende Kette des Ver-

sagens ein. Nach der Silvesternacht, dem Fahrradgate, den rechten Netzwerken in der Polizei und dem offensichtlichen Wegschauern bei Rechtsverstößen gibt es nur eine Erkenntnis: Der Innenminister ist mit seinem Amt gänzlich überfordert. Da hilft nur eines: Herr Wöllner, treten Sie zurück!“



Bild: Oliver Gebhardt

Viel geschafft – weiter geht's!

Sören Pellmann Zahlen und Fakten meiner drei Jahre Arbeit als Abgeordneter im Deutschen Bundestag

Reichlich drei Jahre sind seit meinem Einzug in den Deutschen Bundestag vergangen. Der Wahlsieg 2017 war knapp, aber man könnte ihn beinahe historisch nennen: Immerhin gewann ich das einzige Direktmandat für DIE LINKE außerhalb Berlins und das erste für DIE LINKE in Sachsen überhaupt. Obgleich ich kein politischer Neuling war – schließlich war ich zu diesem Zeitpunkt bereits acht Jahre lang Mitglied des Leipziger Stadtrates, änderte sich mein Leben von einem Tag auf den anderen fast vollständig. Ich musste meine Grundschule in Leipzig verlassen, um für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Deutschen Bundestag streiten zu können. Knapp ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl ist es Zeit, Bilanz zu ziehen und einen tieferen Einblick in meine parlamentarische Tätigkeit zu geben.

Natürlich liegen mir als direkt gewählter Abgeordneter die Probleme, mit denen meine Heimatstadt Leipzig konfrontiert ist, ganz besonders am Herzen. Die prekäre Situation für Alleinerziehende, Senioren und Kinder waren mir durch meine Arbeit im Sozialaus-

schuss der Kommune wohl bekannt und darum war es mir sehr wichtig, stellvertretendes Mitglied des Sozialausschuss des Deutschen Bundestages zu werden, um mich in diese Debatten direkt einmischen zu können. Des Weiteren bin ich Mitglied in den Ausschüssen „Sport“, „Petitionen“ sowie „Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung“, in dem ich als Obmann fungiere. Als Fraktionssprecher für Inklusion und Teilhabe, habe ich mich zudem in den vergangenen drei Jahren intensiv um die Belange für Menschen mit Behinderung eingesetzt.

Im Rahmen dieses Themenspektrums habe ich 293 Anfragen (selbst oder die Fraktion?) gestellt, an 164 Anträgen mitgewirkt sowie 320 Gespräche mit Interessenvertretern, Initiativen, Vereinen und Betroffenen geführt. Bereits 13 Mal stand ich außerdem am Rednerpult des Plenarsaals, wobei es inhaltlich in erster Linie um mein Fachgebiet „Inklusion und Teilhabe“ ging. Allerdings wurde mir auch ein Redebeitrag zur Debatte „Keine Toleranz für die Feinde der Demokratie:

Extremismus bekämpfen, Polizei und Justiz stärken“ gewährt, welche intensiv und kontrovers geführt wurde. Bis zur Schließung des Reichstagsgebäudes für Gäste und Besucher im März 2020 konnte ich zudem 22 Besuchergruppen empfangen und mit ihnen ins Gespräch kommen.

Die Arbeit eines Bundestagsmitgliedes geht jedoch weit über die Aufgaben in Berlin hinaus. Gerade als direkt gewählter Abgeordneter habe ich ein besonderes Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises und empfinde es als Auftrag, das, in mich gesetzte Vertrauen zu erfüllen. Außerhalb der Sitzungswochen in Berlin, arbeite in meinem Wahlkreis und in ganz Sachsen. Dabei nutze ich die Wahlkreiswochen vor allem für Begegnungen und Initiativen vor Ort. Seit 2018 bin ich regelmäßig auf meinen Frühlings-, Sommer- oder Herbsttouren präsent und jeweils während zwei bis drei Wochen an Infoständen direkt in den Wohnquartieren für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar. Ferner besuchte ich Gemeinden und Kreise in ganz Sachsen und konnte



Bilder: William Rambow, Oliver Gebhardt, Achim Melde (Deutscher Bundestag)

beispielsweise im Erzgebirge, im Vogtland, in Mittelsachsen, Nordsachsen im Leipziger Land, in der Sächsischen Schweiz oder Görlitz Eindrücke von den dortigen Problemlagen erhalten und mit lokalen Akteuren ins Gespräch kommen. In Leipzig war ich an 250 Informationsständen für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar. Hinzu kamen 69 Sprechstunden, bei denen die Menschen mit ganz konkreten Anliegen zu mir kommen können.

Das zu ende gehende Jahr hat uns aber natürlich alle vor immense Herausforderungen gestellt. Direkte Kontakte, Veranstaltungen, Diskussions- und Begegnungsrunden – wie sie vor dem März 2020 für mich zum Alltag gehörten – konnten in der Form nicht mehr stattfinden. Recht schnell konnte ich jedoch einige Aktivitäten ins Netz verlagern, um trotz Kontaktbeschränkungen ansprechbar zu bleiben. In den Zeiten des Lockdowns im Frühjahr sowie aktuell im November habe ich 14 meiner Sprechstunden digital an-

geboten. Hinzu kamen bislang 13 Online-Gespräche mit Vertretern aus Kultur, Sport, Politik und Gesellschaft. Ebenso konnte ich die Leipzigerinnen und Leipziger mit meiner eigenen Zeitschrift, der „Bärenpost“, informieren. Fünf Ausgaben in einer Auflage von jeweils mindestens 8.000 Stück wurden bereits verteilt. Hinzu kamen Postkarten zu den Themen „Inklusion“, „Bildung“, „Rente“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Mieterschutz“, welche tausendfach im Leipziger Briefkästen landeten.

Drei Jahre Arbeit als Abgeordneter des Deutschen Bundestags liegen hinter und zumindest noch ein Spannendes vor mir. Längst sind noch nicht alle Ziele erreicht. Gerade vor dem Hintergrund der noch anhaltenden Pandemie werden die Herausforderungen für unsere Gesellschaft zunehmen. Ich werde mich auch weiterhin für Solidarität, Soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Inklusion einsetzen, den Finger in die Wunde legen, wo es Not tut sowie soziale Spaltun-

gen und Ungerechtigkeiten bekämpfen. Viele Gründe und guter Ansporn für mich, mein Direktmandat zu verteidigen und mich zuvor dem Votum der Genossinnen und Genossen zu stellen.

Termine Online-Gespräche von Sören Pellmann im Dezember und Januar

Do. 14. Januar – 15:30 bis 16:15 Uhr
Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten und parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Jan Korte, zum Thema: Ausblick auf das kommende Jahr 2021 – unter anderem zur Bundestagswahl im Oktober.

Mo. 18. Januar – 19:00 bis 19:45 Uhr
Gespräch mit dem Kurator und Organisator der Leipziger Galerie KUB, Christian Liefke, zum Thema: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die lokale Kunst und Kultur.



Bild: Mike Bonitz - CC BY-ND 2.0

Neue Leipzig Charta 2020 leben

Siegfried Schlegel Am 30. November wurde auf einem informellen Treffen der EU-Bauminister im Rahmen der BRD-Ratspräsidentschaft die „Neue Leipzig Charta“ unterzeichnet. In ihr sind neue strategische und zugleich ambitionierte Leitlinien für eine integrierte Stadtentwicklungspolitik der europäischen Städte enthalten. Nach mehrjähriger Vorarbeit seit 2017 schreibt sie die im Jahr 2007 in Leipzig unterzeichnete „Leipzig Charta für eine nachhaltige europäische Stadt“ unmittelbar fort. Als langjähriges Mitglied hatte ich mich im Deutschen Verband für Wohnungsbau, Städtebau und Raumordnung, der das Bundesinnenministerium bei der Vorbereitung unterstützt hat, vorgeschlagen, dass auch die neue Charta erneut den Namen Leipzig Charta erhält. Die nun erfolgte Verabschiedung ist eine Ehre und Würdigung des Engagements unserer Stadt bei der integrierten Stadterneuerung. Zugleich ist es aber auch eine große Verpflichtung- diese neuen Ziele unter den aktuellen Herausforderungen umzusetzen – also die Neue Leipzig Charta 2020 zu leben. Vor einigen Wochen beschloss der Stadtrat eine von mir eingebrachte Bürgerpetition, dass sich Leipzig als würdiger Gastgeber der Ministerkonferenz zur Stadtentwicklung aus Anlass der Verabschiedung der neuen „Leip-

zig-Charta“ zur Weiterführung der Urbanen Agenda für die EU-Länder erweist. In diesem Rahmen unterstützt Leipzig auch Aktivitäten die Erfahrungen und Ergebnisse der nachhaltigen Stadtentwicklung im Besonderen seit 1990 auch am Beispiel der Stadt Leipzig zu präsentieren. Am 2. Dezember fand eine das EU-Ministertreffen flankierende digitale Fachkonferenz „Neue Leipzig Charta“ – für gerechte, grüne und produktive Quartiere, Städte und Regionen in Europa“ in der Kongresshalle am Zoo statt. Die Stadt erstellte dazu ein Video, in dem Leipziger Akteure zu Wort kommen.

Die 2007 beschlossene Charta für eine nachhaltige europäische Stadt hatte zwei zentrale Botschaften. Zum einen sollten die Ansätze einer integrierten Stadtentwicklungspolitik überall in Europa gestärkt werden und benachteiligte Stadtquartiere verstärkt politische Aufmerksamkeit erfahren, da sie auch wichtige Funktionen im gesamtstädtischen Zusammenhang erfüllen. Leipzig konnte schon 2007, wie viele andere Städte in Mittel- und Osteuropa, vielfältige über 15 jährige Erfahrungen aus den Jahren des Umbruchs einbringen. Eingedenk der Erfahrungen von vor 1990 war klar, dass es ein „weiter so“ nicht geben konnte. Unter den veränderten gesellschaftlichen und

kapitalistischen Produktionsverhältnissen bedurfte es völlig neue Ansätze sowie Instrumente. Dabei konnten und sollten die westlichen Erfahrungen nicht einfach 1 zu 1 übernommen werden. Als Sprecher Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung in der damaligen PDS-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung und ab 1994 im Stadtrat konnte ich als diplomierter Bauingenieur wie die anderen Mitglieder der Fraktion politische Erfahrungen und spezifische Fachkompetenzen einbringen. Im Gegensatz zu Parteien wie CDU und Liberale, die bis 1990 ebenso Blockpartei waren, hatte sich die PDS zu Versäumnissen bekannt. Ebenso gibt es für Baufachleute weder einen sozialistischen noch eine kapitalistischen Beton. Bereits im November 1990 wurde das Sanierungsgebiet Connewitz-Biedermannstraße beschlossen. Es waren die Baufachleute des Bauausschusses und der Verwaltung, die noch im Dezember 1990 durch einen Antrag die Sanierung des Operettentheaters Musikalische Komödie auf den Weg brachten und damit die Schließung verhinderten. Auf Vorschlag des damaligen Planungsdezernenten Nils Gormsen wurde beschlossen, dass der Generalbebauungsplan aus DDR-Zeiten und mit dem Flächennutzungsplan vergleichbar ist, so lange gültig bleiben sollte, bis er durch

Fortsetzung von vorheriger Seite

einen rechtsgültigen Flächennutzungsplan abgelöst wurde. Dadurch konnte Wildwuchs durch Glücksritter in den ersten Jahren nach 1990 verhindert werden. Bereits 1994 hatte Leipzig als erste ostdeutsche Großstadt einen rechtsverbindlichen Flächennutzungsplan. Da in den 1990-er Jahren im Umland zahlreiche viel zu groß dimensionierte Einkaufsmärkte aus dem Boden schossen, brachte die PDS-Fraktion durch einen Antrag die Erarbeitung eines flächendeckenden Stadtteilzentrenkonzeptes auf den Weg. Neben den Nahversorgern in den Wohnquartieren gibt es C- und D-Stadtteilzentren in den Stadtbezirken je ein großflächiges B-Zentrum in Grünau und Paunsdorf sowie das Stadtzentrum als A-Zentrum. In diesen Zentren gibt es nun nicht nur Einzelhandel und Gastronomie, sondern auch Dienstleistungs- Kultur- und Sport- sowie Freizeiteinrichtungen und Ambulanzen, wie sie in Grünau bereits vor 1990 Standard waren. Anfang 1991 stand noch die Frage im Raum: „Ein Leipzig-Pass, was soll denn das?“, stellte die PDS-Fraktion den Antrag zur Einführung des Familien und Sozialpasses der flexibel vielfältige Angebote für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen erfüllen sollte. Ein weiterer PDS Antrag zur Bergung und Wiederverwendung von Bauteilen und Baumaterialien unterstützte diesbezügliche Bemühungen im Straßenbau und bei der Gebäudesanierung. Über die Jahre waren auch viele Mitglieder der anderen Fraktionen im Stadtparlament beseelt davon, das Beste für Leipzig zu erreichen und dabei nicht nach politischer Zugehörigkeit in Koalitionen wie in westlichen Kommunen zu fragen. So schuf das Leben das vom damaligen Ober-

bürgermeister Dr. Hinrich Lehmann-Grube beförderte „Leipziger Modell“. Ein weiterer wichtiger Aspekt für eine erfolgreiche integrierte Stadtentwicklung ist eine breite Bürgerbeteiligung, die in Leipzig schon zu DDR-Zeiten praktiziert wurde. Standen zu Beginn vor allem Informationen im Mittelpunkt, kamen später Ideenwerkstätten und direkte Mitbestimmung dazu. Weil absehbar war, dass Totalbriss und Ersatzwohnungsneubau im großen Stil auf Dauer keinen bezahlbaren Mietwohnungsmarkt schafft, gehörten die Mitglieder der PDS- bzw. Linksfraktion zu denen die immer darauf drängten, dass vor allem im innerstädtischen Bereich vorrangig Wohnungssanierung stattfindet und keine kommunalen und Genossenschaftswohnungen in der Innenstadt trotz Privatisierungszwang durch die Altschulden verkauft wurden. Nach 1990 waren die Wohnungskredite Verbindlichkeiten der BRD geworden, die diese aber auf die Kommunen und Wohnungsunternehmen in den östlichen Bundesländern. Dadurch wurde der Erhalt der sozialen Durchmischung in der ganzen Stadt befördert. Die Nachnutzung von städtischen Gebäuden wie Schulen und Kitas, statt generell teurer Neubauten war anfangs nur eine Initiative weniger Stadträte der Linksfraktion, die schon damals begriffen hatten, dass bei 40% Anteil der Gesamtbaukosten beim Rohbau anfallen und dadurch Millionen gespart werden konnte, setzte erst 2 Jahre später die Stadtverwaltung und der Stadtrat den abgelehnten Antrag um. Es war die Linksfraktion, die auf die Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzeptes nach Jahren der Schrumpfung 2009 unter den Bedingungen der stagnierenden Bevöl-

kerungsentwicklung und 2013 einer stark wachsenden Bevölkerung drängten. Die Leipzig-Charta von 2007 und die neue von 2020 betonen die nachhaltige integrierte Stadtentwicklungspolitik, die soziale, ökonomische und ökologische Ziele miteinander verbindet. Eine solche Politik berücksichtigt alle relevanten Interessen und Beteiligten in der Stadtentwicklung und bringt sie – mit dem Ziel des Gemeinwohls – in einen räumlichen, sektoralen und zeitlichen Ausgleich. Neben politischen Aspekten, dürften es die vielfältigen Erfahrungen und der in Leipzig entwickelten Instrumente dürften maßgeblich und entscheidend dafür gewesen sein, dass die Stadtentwicklungscharta sowohl 2007 sowie die von diesem Jahr nach unserer Stadt benannt wurde. Wie in anderen EU-Staaten, wurde die Leipzig-Charta nach 2007 auch in der BRD- Stadtentwicklungspolitik als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen aufgebaut und seitdem erfolgreich umgesetzt. Die integrierte Stadtentwicklung bedarf der ganzheitlichen Betrachtung und ämterübergreifenden Zusammenarbeit. Städte und Gemeinden sind Ausgangspunkt und Ziel nachhaltiger Entwicklung, von demokratischer Kultur, Regierungsführung und Verwaltungsorganisation. Denn in diesen leben und arbeiten die Menschen. Das schließt die regionale Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch auch über EU-Grenzen hinaus ein und befördert das friedliche Zusammenleben in der Welt. Die Neue Leipzig-Charta 2020 soll gemeinwohlorientiert die transformative Kraft der Städte werden.

Wir halten fest am 365-Ticket!

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig Schrittweise Einführung eines günstigen ÖPNV-Jahrestickets

Die Stadtratsfraktionen von DIE LINKE und SPD halten weiterhin an der Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets fest. Die Realisierung soll nach Vorstellungen der beiden Leipziger Fraktionen jedoch zunächst schrittweise erfolgen und vor allem aus Mitteln des Bundes. Für einen ersten Schritt schlagen sie vor, dass zunächst Unter-28-Jährige, Inhaber eines Sozialtickets sowie ein Jobticket entwickelt auf 365 Euro-Basis entwickelt wird.

Franziska Riekewald, Sprecherin für Mobilität der Linksfraktion im Stadtrat, erklärt diesen ersten Schritt: „Im Fokus stehen für uns zunächst die Leipzigerinnen und Leipziger, die unter 28 Jahre alt sind. Diese erleben nach StudentInnen- und Azubiticket den größten Preisschock nach Einstieg ins Berufsleben. Ihnen möchten wir mit den 365-Euro-Ticket den Übergang von der Ausbildung ins Berufsleben erleichtern und so für Anreize sorgen, dass sie dem ÖPNV treu bleiben. Hinzu kommt, dass diese Gruppe

am wechselfreudigsten ist und noch nicht auf ein Verkehrsmittel festgelegt ist. Besonders wichtig ist uns auch die Preisreduzierung der LeipzigPass-MobilCard auf 365 Euro pro Jahr. Gerade den Menschen mit wenig Einkommen soll es möglich sein, mit Bus und Bahnen preiswert und gut mobil zu sein.“

Nicht zuletzt stellt die Einführung des 365-Euro-Jahrestickets einen Beitrag zum Klimaschutz dar. Der öffentliche Nahverkehr hilft allen mit weniger Lärm, weniger Abgasen und somit sauberer Luft. Damit mehr Menschen den ÖPNV nutzen, müssen attraktive Angebote bereitgestellt werden. Klar ist: Es wird keine Klimawende ohne eine Verkehrswende geben. Das 365-Ticket ist ein weiterer Baustein auf dem Weg dahin. Das Bundesprogramm ‚Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV‘ wurde mit 170 Millionen Euro für ganz Deutschland für die Jahre 2020-2023 ausgestattet und ermöglicht die Finanzierung für Modellprojekte, unter an-

derem im Bereich attraktiver Tarife. Würde Leipzig ein 365-Euro-Ticket für alle einführen, müsste die Stadt etwa 80-120 Millionen Euro des Bundesprogramms auf vier Jahre beanspruchen. Die Kosten für die schrittweisen bzw. zielgruppenspezifische Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets belaufen sich dagegen nur auf rund 2,3 Millionen Euro jährlich und lassen sich damit realistisch über das Bundesprogramm finanzieren.

Zudem fordern die beiden Fraktionen die Entwicklung eines 365-Euro-Jobtickets. An der Umsetzung sollen Unternehmen auf freiwilliger Basis beteiligt werden. Die Stadt Leipzig sowie kommunale Unternehmen sollten dabei mit gutem Beispiel vorangehen und ein 365-Euro-Jobticket einführen. Der gemeinsame Antrag soll zur Ratsversammlung am 16. Dezember in die Tagesordnung aufgenommen und in die entsprechenden Gremien verwiesen werden.

Im Schatten von Sorbas

Daniel Merbitz Nikos Kazantzakis. Von Kreta in die Welt. Ein Essay.

Wenn ich heuer im Jahr 2020 den Namen Nikos Kazantzakis erwähne, wird dies meistens mit einem Kopfschütteln quittiert. Zähle ich allerdings die Namen Alexis Sorbas, Antony Quinn und Mikis Theodorakis auf, dann gibt es ein wissendes Lächeln. Die legendäre Verfilmung des Romans „Alexis Sorbas“ von Nikos Kazantzakis aus dem Jahr 1964 gehört mittlerweile zu den Ikonen der Filmgeschichte. Die letzte Szene, wo Sorbas seinem Freund am kretischen Strand den ausdrucksstarken Tanz namens Sirtaki beibringt, ist im kollektiven Gedächtnis eingebrennt, auch dank der eindrücklichen Musik von Mikis Theodorakis. Die Filmmusik darf auf keiner gute Party fehlen. Die wenigstens wissen, dass es sich um eine vereinfachte Variante des komplizierten kretischen Volkstanzes handelt, damit Antony Quinn am Filmset die Schritte schneller erlernen konnte. Der Ruhm, den „Alexis Sorbas“ seinem Schöpfer eingebracht hat, ist Segen und Fluch zugleich, verschattet doch dieser den Blick auf das weitgefächerte Gesamtwerk und die illustre Biographie dieses begnadeten Romanciers, Lyrikers, Dramatikers und Essayisten.

Aufstieg in Heraklion

Nikos Kazantzakis wurde am 18. Februar 1883 in Heraklion (früher: Iraklion) auf der damals noch von den Türken besetzten Insel Kreta geboren. Seine Frau Eleni Samiou beschrieb ihn als „ehrlieh, rein, unschuldig, mild gegen die anderen, streng nur gegen sich selbst“. Und ihn kann man nur verstehen, wenn man seine unlösbare Verbindung zu Kreta mit einbezieht. „Wenn ich über Kreta schreibe, brauche ich nur mein Herz abzuschreiben.“ Auf allen seinen Reisen, die ihn bis in die Sowjetunion führten, hat er immer ein Klümpchen kretische Erde mit dabei gehabt. Es war diese Verortung, diese Liebe zur Heimat, die nie nationalistisch war, sondern immer kosmopolitisch. Früh erlebte er den Freiheitskampf gegen die türkische Besatzung von Kreta. Auch das Grauen, wenn er sich als Kind die Gehängten anschauen musste. Nach der Flucht der Familie kehrte er 1898 nach Kreta zurück, mittlerweile befreit von der Besatzungsmacht. Die blumengeschmückte Ankunft des griechischen Prinzens Georg am 9. Dezember 1898 erlebte ein literarisches Echo in seinem „Alexis Sorbas“. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Heraklion immatrikulierte er sich bei der Juristischen Fakultät der Universität Athen. Hier begann sein Eintreten ins Licht mit dem Essay „Die Krankheit des Jahrhunderts“ und seinem preisgekrönten Theaterstück „Es tagt“. Noch unter Pseudonym „Karma Nirvami“ schreibt er sein erstes Buch „Schlange und Lilie“. Nach dem juristischen Staatsexamen 1907 geht er nach Paris und trifft auf die Gedankenwelt von Friedrich Nietzsche und Henri Bergson und auf die Französischen

(„Sie sind sehr hübsch“). Es folgt Italien. Mit fünfundzwanzig Jahren. Prägend wird für ihn der dreimonatige Aufenthalt in Assisi. Der heilige Franziskus und manch unheilige Kirchenfürsten. Diese Dualität wird sich durch sein Werk ziehen. Zurück in Athen schreibt er das Stück „Protomastoras“ unter dem Pseudonym „Petros Psiloritis“. 1911 heiratet er Galatia Alexiou, bleibt 15 Jahre mir ihr verheiratet („Das Leben ist unerträglich und ein Zusammenleben für uns beide katastrophal.“). In den Balkankriegen ist er Freiwilliger, 1914 folgt ein Aufenthalt auf dem Heiligen Berg Athos. Er bereist Griechenland, geht in die Berge Mazedoniens und schreibt pausenlos. Und trifft auf Giorgis Sorbas. Eine folgenreiche Begegnung. Sie betreiben 1916/17 als Pächter erfolglos eine Braunkohlenzeche. Nikos Kazantzakis verliert Geld, gewinnt aber Unbezahlabares: „Wollte ich jedoch herausfinden, welche Menschen die tiefsten Spuren in meiner Seele hinterlassen haben, würde ich vielleicht Homer, Buddha, Nietzsche, Bergson und Sorbas nennen.“ Auch Politik im engeren Sinne wird das Leben von Nikos Kazantzakis bestimmen. Im Jahr 1919 wird er vom (auch heute noch auf der Insel seiner Geburt, Kreta, sehr verehrten) griechischen Ministerpräsident Eleftherios Venizelos zum Generaldirektor des Wohlfahrtsministeriums berufen und mit der Rettung von 150.000 Griechen aus dem Kaukasus beauftragt. Erschöpft bittet er bald um seine Entlassung: „Ich hatte den übernommenen Vertrauensauftrag noch rechtzeitig zu Ende geführt, ich war nun frei und reichte meine Entlassung ein.“

Die Welt als Sehnsucht

Nikos Kazantzakis reist sehr gern. 1921 bis 1923 folgen Österreich und Deutschland. Er trifft auf emanzipierte und lebensfrohe Frauen aus einem Berliner Künstlerinnenkreis und erhält Kontakt zu marxistischem Gedankengut. Seine Beschäftigung mit Buddha gibt neue Inspirationen, neue Wege. Dann wieder Italien, 1924 zurück nach Griechenland. Hier lernt er seine „tapfere Mitkämpferin“ und „treue Gefährtin“ Eleni Samiou kennen. Sie wird viel später, im neuen Jahrtausend, keine sieben Meter von ihm entfernt für immer ruhen. Als Journalist zieht es ihn 1926 in die Sowjetunion und später, zur Zehn-Jahresfeier der Oktoberrevolution 1927, wird er als einziger offizieller Vertreter Griechenlands eingeladen. „Je mehr die Tage vergingen, desto stärker spürte ich den heimlichen Zauber Russlands immer tiefer in mich eindringen.“ Seine Reisen führen ihn 1926 und 1927 nach Zypern, Spanien und zum Sehnsuchtsort Palästina, dann Ägypten, zum „unnahbaren Gipfel“ Sinai. Zum dritten Mal geht es 1928 in die Sowjetunion, danach schreibt in der Tschechoslowakei in einem kleinen Landhaus, umgeben von endlosen Tannenwäldern, auf Französisch

das Buch „Moskau hat gerufen“ und wird es später umbenennen in „Toda Raba“. „Ich glaube wieder glücklich zu sein, nach dem andern Glück von Moskau, voll Lärm, Unge-stüm und Gefahr.“ Zurück in Griechenland widmet er sich weiteren Übersetzungen, Schulbüchern, letzteres auch aus Geldnot. Und es zieht ihn 1935 wieder sehnsuchtsvoll in die Ferne, mit einem Frachtschiff in den Fernen Osten, nach China und Japan. Das Destillat wird der Roman „Der Felsengarten“. Es war nicht der spätere Roman „Alexis Sorbas“, den Nikos Kazantzakis für sich als sein Hauptwerk empfand, nein, es war das Vers-Epos „Odyssee“, sein opus magnum, 33.333 Verse. Er schrieb 15 Jahre daran und lässt Odysseus erneut von Ithaka aufbrechen, idyllisches Herrscherleben ausschlagend und als ständig Suchender bis zum Südpol reisen. Es erschien 1938 und war das „Epos der modernen Menschen“. Dann England, in Stratford-on-Avon, 1939 erlebt er den Kriegsbeginn: „ein abgeschlossenes Paradies, über dem die Flugzeuge der zeitgenössischen Hölle blitzend hervorbrausten.“ Zurück in Griechenland ereilt ihn die Nachricht vom überraschende Tode Giorgis Sorbas. „Ich schrieb mit Feuer, ich ließ in aller Eile die Vergangenheit aufleben, ich versuchte, in mir Sorbas ganz wie er war zu erwecken.“ Düstere Jahre der Besatzung im Zweiten Weltkrieg folgten: „Wir verhungern.“ Nach dem Zweiten Weltkrieg dokumentiert er die Verbrechen der deutschen Faschisten auf Kreta. Auch heute noch ist dieser umfangreiche Bericht im Museumsladen des



Historischen Museums von Heraklion in deutscher Übersetzung erhältlich. „Ganze Dörfer sind niedergebrannt, nur Trümmer.“ Nach dem Schatten, das Licht. Im November 1945 heiratet er die Liebe seines Lebens Eleni Samiou. Er wird Minister. Dann wieder Schatten und Licht zugleich. Er tritt nach einhalb Monaten zurück: „... ich löse mich umso mehr von jeder parteipolitischen Stellungnahme.“ Die Sehnsucht siegt wieder. England, Frankreich. Er fordert in London die Gründung einer „Weltorganisation des Geistes“, um die „politischen Werte“ und die „Aufrechterhaltung des Friedens“ zu schützen. Er arbeitet für die UNESCO, leitet dort das Büro für Klassikerübersetzungen, und tritt aufgrund der Arbeitsbelastung, die ihm keine Platz mehr für seine eigenen Werke ermöglicht, nach elf Monaten zurück. Er lebt und arbeitet ab 1948 in Antibes, Südfrankreich. Er eckt mit der griechisch-orthodoxen und der katholischen Kirche an, einige Seiten aus „Kapetan Michalis“ und „Letzte Versuchung“ finden Anstoß und seine Exkommunikation wird betrieben. Der Vatikan setzt die „Letzte Versuchung“ auf den Index der verbotenen Bücher. Nikos Kazantzakis telegraphiert in den Vatikan: „Ad tuum, Domine, tribunal, appelo“ („Dein Gericht, Herr, rufe ich an.“). Im Sommer 1955 begegnen sich Nikos Kazantzakis und Albert Schweitzer im Elsass, dieser hat Jahre vorher erklärt, dass ihn kein anderer Schriftsteller so stark beeindruckt hatte. Im Jahr 1956 erhält er den Internationalen Friedenspreis in Wien. „Ich bin zutiefst bewegt, zugleich beschämt und weiß nicht, was ich tun soll. Bin ich würdig, eine solche auszeichnende Belohnung anzunehmen?“ Seine letzte Reise führt ihn 1957 nach China. Gegen den Rat seiner Ärzte. „Ich folge dem Auftrag des Buddha und sehe al-

les mit dem Auge des Elefanten: alles zum ersten Mal, alles zum letzten Mal.“ Im Universitätsklinikum von Freiburg im Breisgau (BRD) stirbt der Literat am 26. Oktober 1957, geschwächt von einer Krebserkrankung, an einer nicht ausreichend therapierten Asiatischen Grippe.

Alexis Sorbas

Der Weltbestseller „Alexis Sorbas“ zeichnet sich wie viele seiner Werke durch einen tiefen Humanismus aus. Die Beschäftigung mit dem „Faust“ von Johann Wolfgang Goethe – er übersetzt dieses Werk auch ins Griechische – findet Widerhall in „Alexis Sorbas“. Wenn Sorbas seinem verliebten Freund rät: „Nimm ein Taschentuch, knüpfe ein paar Pfunde rein...schicke das Geld der Witwe und lass ihr sagen ‚Viele Grüße vom Bergwerksbesitzer‘“, dann ist man nah am Gretchen und dem Schmuckkästchen dran. Oder am Motiv des Osterspaziergangs, als der Freund von Sorbas zunächst widerwillig zum österlichen Dorffest geht: „...sog mich voll Frühlingsluft...und mit jedem Schritt auf die Gärten zu geriet ich in Wogen von Düften...“ Ein komplexes Buch zwischen Buddhismus, Kirche, Freundschaft, Liebe, Tod, Ausbeutung, Armut, Wandelung und Läuterung, Lebensbejahung, Nihilismus, Volkstraditionen und Geschichte.

Verehrung auf Kreta

Wer auf Kreta landet und noch nie etwas von Nikos Kazantzakis gehört hat, wird ihn prominent kennenlernen, denn der internationale Flughafen der Inselhauptstadt Heraklion ist nach dem Literaten benannt. Ein kirchliches Begräbnis ist ihm verwehrt worden. Seine letzte Ruhestätte ist hoch über Heraklion, auf einer Bastion der alten venezianischen Stadtmauer. Von hier schweift der Blick auf das ferne Ida-Gebirge, wo Zeus geboren wurde, und zum nahen Berg Jouchtas gegenüber der Bastion, wo Zeus einer alten Sage nach begraben sein soll und der Berg tatsächlich wie ein Kopf aussieht. An lauen Abenden, nach heißen Sommertagen, ist die Luft rein und frisch am Grab. Heraklions Jugend trifft sich hier, verliebte Pärchen schmuse, Spaziergänger schauen wie gebannt in den Abendhimmel. Ich glaube, dies hätte Nikos Kazantzakis ein Lächeln ins Gesicht gezaubert. Doch trotz aller Querelen mit der Kirche, vor Ort, im heimatlichen Heraklion, wird er in der erzbischöflichen Kirche des Heiligen Minas, eine der Hauptkirchen Kretas, aufgebahrt. Die Beisetzung am 5. November 1957 wird zu einem Großereignis, alle Geschäfte in Heraklion sind geschlossen, Trauerbeflaggung überall, Studenten der Pädagogischen Akademie Heraklions gehen dem Sarg voraus. Tausende Menschen haben sich eingefunden, sind aus den Bergen gekommen, Bäuerinnen und Bauern, Handwerksgesellen, Meister, Arbeiterinnen und Arbeiter. Intellektuelle, Politiker wohnen der Totenmesse bei. Auch der Bischof von Kreta erweist dem Schriftsteller die letzte Ehre, zum Missfallen der griechisch-orthodoxen Kirche. Der

Leichnam wird auf einer Geschützlafette transportiert, eine Ehre, die eigentlich nur Regierungsmitgliedern gestattet ist. Die Bodenplatte ist mit einem bescheidenen Grabstein versehen. Die Inschrift lautet: „Ich hoffe nichts, ich fürchte nichts, ich bin frei.“ In Heraklion, in den Katakomben der Stadtmauer am Jesus-Tor, ist eine bunte und mehrsprachige Dauerausstellung zu Leben und Werk („N. Kazantzakis an Odyssey“) zu sehen. Einhundert Jahre nach seiner Geburt wird im Jahr 1983 in Myrtia (bis 1965 unter dem Namen Varvari bekannt), dem Heimatort seines Vaters, ein Museum eingeweiht, nach langem Kampf, auf Initiative des Kostümbildners und Designers, Giorgos Anemogiannis. Dieser hat 1976 beim Besuch des auch heute noch beeindruckenden Kazantzakis-Zimmers im Historischen Museum zu Heraklion eine Fotokopie des Letzten Willens erblickt, vom Wunsch nach einem „Haus des Nikos Kazantzakis“. Das Projekt wurde von der Schriftstellerin Eleni Kazantzakis, geborene Samiou, der zweiten Ehefrau, unterstützt, die das 20. Jahrhundert nahezu komplett durchschritt (1903 bis 2004!) und keine sieben Meter neben ihm begraben liegt, unter Palmen verschattet. Heute ist das Museum in Myrtia stark erweitert und nach modernsten Grundsätzen der Museumsdidaktik gestaltet und wirkt als zentraler Dorfplatz. Etwa 16 Kilometer von Heraklion entfernt, sanfte Hügel hinauf, im Wechselspiel von Weinstöcken und Olivenhainen, ist Myrtia ein magischer Ort voller Ruhe und Einsamkeit. Nur dreimal in der Woche fährt ein Bus hin. Hier kann man sich weltentrückt auf die Welt des Weltliteraten einlassen. Kreta war sein Gravitationszentrum, die Welt seine Sehnsucht. Den Menschen gehörte seine Liebe. Ja, Nikos Kazantzakis steht im Schatten von Alexis Sorbas. Aber da ist es angenehm kühl. Sein Grab in Heraklion dagegen liegt in der prallen Sonne. Nikos Kazantzakis ist überall. Im Dunklen wie im Hellen. Er ist bei uns.

Und: Mehrere seiner Werke sind heute noch druckfrisch bzw. antiquarisch erhältlich. Die Buchhandlungen und Antiquariate freuen sich bestimmt auf einen Besuch. Nicht nur in Zeiten einer gefährlichen Pandemie mit öffentlichen und privaten Kontaktbeschränkungen, geschlossenen Kultureinrichtungen und Restaurants sowie Gesundheits- und Existenzsorgen ist Nikos Kazantzakis von Herzen empfohlen. Aber da besonders. Er macht Mut.

Verwendete Quellen:

Giorgos Anemogiannis: Nikos Kazantzakis, ein Weg zur Ewigkeit. Verlag Papanikolaou. Athen 1999.

Hannelore Gärtner: BI-Schriftstellerlexikon. Verlag Bibliographisches Institut. Leipzig 1988

Giorgos Anemogiannis: The Odyssey of a Museum. Selbstverlag. Athen 1983

Dimitris Kalokyris: Kazantzakis in den Sammlungen des Museums. Verlag Museum Nikos Kazantzakis. Varvari (Myrtia) ohne Jahresangabe

Nikos Kazantzakis: Alexis Sorbas. Verlag Volk und Welt. Berlin 1973

Ein wahrer Volksheld für jung bis alt. Streetart und zugleich Hommage an Nikos Kazantzakis in den Gassen von Myrtia auf Kreta. Foto: Daniel Merbitz



Erich Zeigners Bücherschatz

Volker Külow Der Jurist, kurzzeitige sächsische Ministerpräsident einer gemeinsamen Regierung von SPD und KPD (1923) und Leipziger Oberbürgermeister (1945–1949) Erich Zeigner gilt nicht nur als einer der bedeutendsten sozialistischen Akteure im Sachsen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wie das Verzeichnis seiner Bibliothek nun dokumentiert, war Zeigner darüber hinaus auch ein leidenschaftlicher Leser, Büchersammler und Bücherliebhaber. Es ist daher ein großer Schatz, dass Zeigners Bibliothek fast geschlossen überliefert und in seinem ehemaligen Wohnhaus in der Zschocherschen Straße 21 – er wohnte hier von 1927 bis zu seinem Lebensende – im Ortsteil Lindenau öffentlich zugänglich ist.

Seine über Jahrzehnte systematisch aufgebaute und erweiterte Bibliothek ist ein einzigartiges Kulturdenkmal. Sie gehört zum unverzichtbaren materiellen und geistigen Erbe sowohl der Leipziger Stadtgeschichte als auch der sozialistischen Arbeiterbewegung.

Bei Zeigners Büchersammlung handelt es sich nach dem sachkundigen Urteil Hötzels um die Bibliothek eines juristischen Fachmannes, des vielseitig begabten und interessierten Bildungsbürgers und überzeugten Sozialisten. Sie umfasst alle Gebiete der Gesellschaftswissenschaften und widerspiegelt die kulturellen Interessen Zeigners, besonders hinsichtlich Musik und Kunst, und reicht bis in die Mathematik und die Naturwissenschaften hinein. Zeigners Büchersammlung enthält auch eine beachtliche Anzahl Socialistica vorwiegend aus der Weimarer Republik und der Zeit nach 1945. Dieser Bestand wird im dreiteiligen Titelverzeichnis (Teil I: Zeigneriana; Teil III: Hauptarbeits- und Interessengebiete Erich Zeigners) separat im Teil II ausgewiesen.

Die übersichtliche und nutzerfreundliche Gliederung sowie die vorzüglichen Register der Publikation kann man nicht genug rühmen. Die Grundsätze der Verzeichnung sind stringent, alle bibliografischen Angaben wurden am jeweiligen Original verifiziert. Besonders Interesse verdienen Angaben zur Provenienz – Zeigner

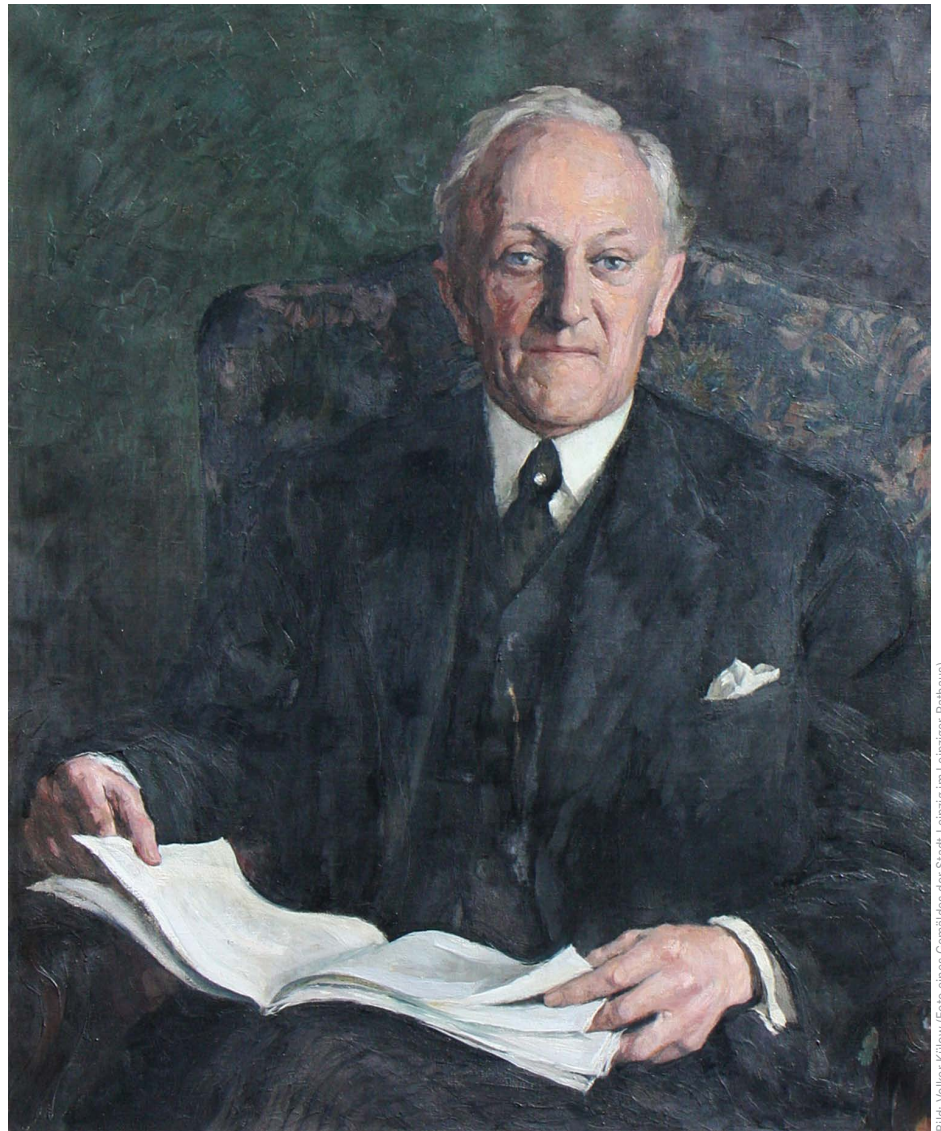


Bild: Volker Külow (Foto eines Gemäldes der Stadt Leipzig im Leipziger Rathaus)

benutzte fünf verschiedene Exlibris – und Spuren der Benutzung, nämlich Widmungen im vollständigen Wortlaut, Marginalien, An- und Unterstreichungen, Beilagen sowie Angaben zum Zustand des Buches. Im Interesse einer vollständigen Bibliographie der eigenen Publikationen Zeigners werden unter dem Rubrum „Veröffentlichungen Erich Zeigners“ vernünftigerweise auch Titel aufgeführt, die nicht im Bibliotheksbestand überliefert sind.

Das Buch, dessen Herstellung auch von der Leipziger LINKEN finanziell unterstützt wurde, enthält auch eine Kurzbiografie Erich Zeigners sowie

eine Vorstellung des Erich-Zeigner-Haus e.V., dessen vielfältiges antifaschistisches Engagement durch Geschäftsführer Henry Lewkowitz skizziert wird. Seit vielen Jahren setzt sich der Verein getreu dem Vermächtnis seines Namensgebers für Demokratie und Weltoffenheit und gegen jegliche Form von Antisemitismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Zu den wirkmächtigsten Aktivitäten zählt die jährliche Gedenkaktion „Mahnwache und Stolpersteinputzen“ am 9. November; hier hat der Verein seit 2014 die organisatorische Gesamtkoordination in ganz Leipzig und Umland inne.

① Manfred Hötzel unter Mitarbeit von Henry Lewkowitz: Socialistica und andere Bücherschätze in der Bibliothek Erich Zeigners. Kommentiertes Verzeichnis der Bücher, Noten und Schallplatten. Hrsg. vom Erich-Zeigner-Haus e.V. Leipzig. Leipzig Passage-Verlag 2020. 360 Seiten, 156 Abbildungen. 25 Euro

Sozialistica und andere Bücherschätze in der Bibliothek Erich Zeigners

Kommentiertes Verzeichnis der
Bücher, Noten und Schallplatten

Herausgegeben von: Erich-Zeigner-Haus e. V. Leipzig
Autor: Manfred Hötzel
Unter Mitarbeit von: Henry Lewkowitz





Von Rechts gern geschmiedet: Die Hufeisen- bzw. Extremismustheorie.

Bild: Foto-Rabe via pixabay.de

„Illiberale Rechtstradition“.

Holger Czitrich-Stahl Z 124 analysiert antidemokratische Grundstrukturen der Bundesrepublik vom Kalten Krieg bis zur Corona-Krise.

In Zeiten der Coronakrise und der bedrängenden Aufmärsche von sog. „Querdenkern“, „besorgten Bürgern“, Coronaleugnern und Rechtsradikalen unter der Obhut der AfD fordern Regierung und Teile der Opposition gleichermaßen, die „wehrhafte Demokratie“ müsse sich gegen solche Provokationen und Übergriffe wie jüngst vor dem und im Reichstagsgebäude durchsetzen. Gleichzeitig erweisen sich die deutschen Sicherheitsorgane spätestens seit den NSU-Morden als anfällig für Faschisten und als Bewegungsfeld für menschenverachtende Chats und NS-Kult. Dass es sich dabei keinesfalls um eine temporäre Erscheinung handelt, sondern dies bereits in den Gründungsjahren der Bundesrepublik Deutschland verankert wurde, ist in der Z 124 Teil der Analysen im Heftschwerpunkt „Kritik der Extremismustheorie“. Das Konzept der „wehrhaften Demokratie“ fußt auf der historisch falschen und in das vorherrschende Denken in der Bundesrepublik übernommenen Wertung, das Scheitern der Weimarer Republik sei nicht auf die Übermacht der autoritären und faschistischen Kräfte, sondern auf die „zu liberale“ Verfassung zurück zu führen. Sarah Schulz entwickelt in ihrem Beitrag die Traditionslinie von Weimar bis zur „wehrhaften Demokratie“ und zeigt auf, dass sich dieses Konzept zuallererst gegen die politische Linke richtete. Die Rechte hingegen wurde immer unverhohlener funktional in die Sicherheitsorgane und in die Justiz integriert. Über das politische Strafrecht aus der Ära Adenauer, das vor allem der Kommunistenverfolgung diene, und durch Verfas-

sungsschutz und Geheimdienste entstand so eine illiberale Rechtstradition, die über die Gleichsetzung von Links und Rechts als „Extremismus“ gerade die politische Rechte aus ihrer historischen Verantwortung für das Scheitern Weimars entließ. Weitere Beiträge dazu kommen von Dominik Feldmann, Martina Renner/Sebastian Wehrhahn, Gerd Wiegand und Stefan Bollinger.

„Relektüre Lenin (1870–2020)“ als weiterer Heftschwerpunkt fragt nach der Aktualität W.I. Lenins. „Es bedarf eigentlich keines Beweises“, so Wladislaw Hedeler/Volker Külöw/Manfred Neuhaus, „dass Lenin in Deutschland nach wie vor mit Interesse gelesen wird“. Sie thematisieren in ihrem Beitrag u.a. die im Verlag 8. Mai erschienenen kritischen Neuausgaben von „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ und „Der Marxismus über den Staat/Staat und Revolution“. Beide Bände gestatten es, Lenin quasi beim Arbeiten über die Schulter zu schauen, beziehen sie doch Urmaterialien, Handschriften, Konzepte, Kommentare usw. in die Edition ein. Wie eine historisch-kritische Neuausgabe und die Aktualität Lenins zusammenhängen können, demonstrieren sie eindrucksvoll. Die Lektüre der genannten Werke sei einzubetten in ihren historischen Entstehungskontext wie in die kritische Sichtung ihrer Wirkungsgeschichte. Der kürzlich verstorbene Philosoph Alfred Kosing analysiert „Lenin und die Theorie des Sozialismus“ (Teil 1). Lenin habe sich, so Kosing, „einerseits gegen einen abstrakten Utopismus gewandt, andererseits aber auch gegen eine Trennung von Weg und

Ziel“. Mit Lenins Hegel-Lektüre 1914–1915 beschäftigt sich Georgios Kolias vor dem Hintergrund eines Streites zwischen Hegelianismus und Anti-Hegelianismus. Der Versuch, das Erbe Hegels aus dem Marxismus zu entfernen, ist Kolias zufolge sowohl für Eduard Bernstein als auch für die „neomarxistische“ Marx-Rezeption im 20. Jahrhundert kennzeichnend. Emiliano Alessandrini wiederum gibt einen Einblick in die aktuelle Lenin-Rezeption in Italien, wo dieser keinesfalls „ein toter Hund“ ist.

Zwei weitere Schwerpunkte des aktuellen Heftes handeln von „Corona-Krise und Kapitalismus“ und logisch verkoppelt von „Gewerkschaften und Corona-Krise“. Vor allem der Charakter der Krise als ökologisch-epidemiologisch-ökonomische Krise, die von der Kapitaleseite forcierte Lastenabwälzung auf die Lohnabhängigen und Mittelschichten und die Inflationsgefahr als Folge der extensiven Geld- und Fiskalpolitik kommen zur Sprache. Möglichkeiten einer offensiven Gewerkschaftspolitik in den Tarifikämpfen und der Kampf um weitgehende Arbeitszeitverkürzungen (Vier-Tage-Woche) sollten gewerkschaftliche Lösungsansätze werden.

① „Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung“, Heft 124 (Dezember 2020). Vierteljahresschrift, 31. Jahrgang, herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V (Frankfurt/M.) und dem IMSF e.V. 248 Seiten, Einzelheft 10 Euro. ISSN 0940-0648. Zu bestellen bei www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de



Bild: Chris Sternitz - pixabay

Sich neu als Linker positionieren

Kurt Schneider Eine neue Ausgabe der Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V.

Wer sich über aktuelle Sichten der Geschichte der Arbeiterbewegung und der DDR informieren möchte, dem sei die neueste Ausgabe der halbjährlich erscheinenden Mitteilungen des in Berlin ansässigen Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. empfohlen. In ihm kommen wieder profilierte Historiker zu Wort. Im Kontext des 200. Geburtstages von Friedrich Enges möchte der Rezensent zunächst auf den brillanten Beitrag des Leipziger Kollegen Manfred Neuhäus „Ein verschollenes Buch aus Engels' Militaria-Sammlung wiedergefunden: Willisens ‚Theorie des großen Krieges. Dritter Theil‘“ eingehen. Spannend rekonstruiert der Autor den Weg dieses Werkes über anderthalb Jahrhunderte vom Berliner Verleger über den Frankfurter Buchhändler in Engels' militärwissenschaftliche Handbibliothek in Manchester und nach dessen Tod zurück nach Berlin in die Bibliothek der Sozialdemokratischen Partei, während der Zeit der faschistischen Diktatur in Deutschland von 1933 bis 1945 in das Geheime Preußische Staatsarchiv, von dort in den Antiquariatsbuchhandel und letztendlich in eine Leipziger Privatbibliothek. Damit nicht genug: Auch über den Autor des Handexemplars aus der Militaria-Sammlung, den preußischen General Wilhelm von Willisen, und seinen Leser – den „gebildetsten Mann Europas“ – erfahren wir manches Neue. Hervorheben möchte ich außerdem den im neuen Heft veröffentlichten Vortrag von Siegfried Prokop (Bernau) „Das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Zeitraum 1980“, der eigentlich vor der 29. Jahresversammlung des Förderkreises gehalten werden sollte, aber wegen der Corona-Pandemie ausfallen musste. Auf der Grundlage umfangreicher neuer archivalischer Quellen analysiert Prokop erstmals zusammenhängend die Gründe und die Art

und Weise des Scheiterns der von der Partei- und Staatsführung der DDR so hochgelobten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, nicht erst am Ende der DDR. Mit Blick auf das Jahr 1989 lautet seine bittere Bilanz: „Die DDR hatte alle Ihre Potentiale im Rahmen des realen Sozialismus ausgeschöpft.“ Ebenso erhellend ist ein von Holger Czitrich-Stahl (Glienicke) und Rainer Holze (Berlin) geführtes Interview mit ihrem Kollegen Gerhard Engel (Am Mellensee) über dessen reiches Forscherleben zur Deutung der Geschichte der Arbeiterbewegung und dessen Überlegungen zur weiteren inhaltlichen Ausrichtung des Periodikums des Förderkreises. „Was um 1990 scheiterte“, hebt Engels hervor, „hinterließ die ungelösten Probleme der Menschheit, ja spitzte sie noch zu, weil längst durch die Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert Errungenes wieder zur Disposition stand.“ Die Niederlage zu verstehen, fordere dazu heraus, „die durch sie nicht widerlegten Grundansichten zu prüfen, selbstkritisch über sein Ego nachzudenken und sich neu als Linker zu positionieren“. Weitere informative Beiträge behandeln die Nutzbarmachung entsorgter Materialien zur Geschichte der VVN Westberlin in den Jahren 1953 bis 1990 (Hans Holm, Berlin) sowie den Aufruf zum Antikriegstag am 1. September 1982 und die Geschichte des „Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock“ von Czitrich-Stahl bzw. von Werner Höner (Westfalica). Jährlich am 1. September findet die Mahn- und Gedenkveranstaltung „Blumen für Stukenbrock“ an den Massengräbern der 65 000 sowjetischen Soldaten und Zwangsverschleppten aus mehreren europäischen Ländern in der Stadt Schloss Holte-Stukenbrock im Kreis Gütersloh statt. Sie ist mit der ostwestfälisch-lippischen Friedensbewegung auf das Engste verbunden. Bleibt noch anzumerken, dass dieser Mahnort keine öffentlichen Mittel

erhält und daher auf Spenden angewiesen ist. Ähnlich ergeht es auch dem unverdientermaßen wenig bekannten linken Berliner Verlag „Die Buchmacherei“, der über keine Verlagsräume verfügt und dessen Arbeit in den Privaträumen der Mitarbeiter erfolgt, die per Mail-Austausch miteinander verbunden sind. Jochen Gester (Berlin) stellt ihn vor. Wilfried Trompelt (Dresden) informiert über einen Autograf Otto Grotewohls aus dem Jahre 1947 in der Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Dresden, und Manfred Schöncke (Tornesch) beweist in seinem Beitrag auf erstaunliche Weise, dass auch im Bicentenaire die Engels-Ikonographie voller Überraschungen und neuer Herausforderungen für die Forscher bleibt. Die Rubrik „Neues aus der Forschung“ enthält außerdem einen Bericht von Sven Devantier (Potsdam) über seine erfolgreich abgeschlossene Dissertation „Franz Dahlem. Eine politische Biographie“. Sie folge, wie er ausführt, keiner Interpretation historischer Dokumente, die mit Begriffen wie „Stalinist“, „Altkommunist“, „Revolutionär“ oder „Mythos Antifaschismus“ klassifiziere, sondern stattdessen einer Klassifizierung unter dem Quellenbegriff des „Parteiarbeiters“. Komplettiert wird das inhaltsreiche Heft durch Informationen zur Erarbeitung eines Findbuches zum Archivgut des Förderkreises, zur weiteren Entwicklung der Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und der sozialen Bewegungen (ITH) in Linz – der Förderkreis ist ITH-Mitglied – sowie durch einen umfangreichen Rezensionsteil zur neuesten Fachliteratur.

① Mitteilungen. Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Nr. 58, September 2020. ISSN: 1869-3709. Die Schutzgebühr beträgt 3 €, zuzgl. Versandgebühr. Vertrieb: Dagmar Goldbeck- E-Mail: d.goldbeck.de@web.de



Bild: Ashton Emanuel - CC BY-NC-ND 2.0

Felsenkeller wird immer mehr zum Luxemburg-Zentrum

Volker Külow Spendenkampagne für Denkzeichen sucht noch Mitwirkende

Einen ähnlich historisch bedeutsamen Hotspot der jüngeren Stadtgeschichte wie den Felsenkeller muss man selbst in Leipzig, das wahrlich nicht arm an Sehenswürdigkeiten ist, lange suchen. "Der Felsenkeller ist ein Haus mit Charisma - das pflegen wir und das zeigen wir", hebt Geschäftsführer Jörg Folta immer wieder hervor. Zuletzt präsentierte er zusammen mit dem Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums, Dr. Anselm Hartinger, und dem Stadtrat der LINKEN für Alt-West, Dr. Volker Külow, im Foyer des Eingangsbereichs ein beeindruckendes Historienpanorama. Die informative Collage aus Fotos, historischen Ansichtskarten, zeitgeistigen Annoncen und Veranstaltungshinweisen - gepaart mit kurzen, informativen Texten - nimmt 130 Jahre Felsenkeller in den Blick. Einen breiten Raum nimmt dabei die nachgerade epochale Rede von Rosa Luxemburg vom 27. Mai 1913 wider den imperialistischen Krieg ein, die hier im großen Saal vor sichtlich bewegten Massen von Zuhörerinnen und Zuhörern gehalten wurde. Mit Blick auf den bevorstehenden 150. Ge-

burtstag der großen Revolutionärin am 5. März 2021 werden jetzt zwei weitere Vorhaben im Felsenkeller umgesetzt. Im Zuge des derzeitigen Umbaus des Erdgeschosses wird ein Raum in „Rosas Salon“ verwandelt – mit einer öffentlich zugänglichen Bibliothek, musealen Exponaten und einem großformatigen Porträt der Sozialistin. Darüber hinaus ist eine nicht ganz alltägliche Würdigung Rosa Luxemburgs vor dem Haupteingang des Felsenkellers in Planung. In der bereits erwähnten Rede „Zur weltpolitischen Lage“ formulierte sie in der traditionsreichen Versammlungsstätte der Leipziger Arbeiterbewegung unmissverständlich und mit ungebrochener Aktualität: „Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Krieg nicht aufhören.“

Eine jetzt entstandene Initiative möchte zum bevorstehenden Geburtsjubiläum am Felsenkeller ein Denkzeichen setzen, das Rosa Luxemburgs Argument auf wirkungsvolle Weise in den öffentlichen Raum trägt. Die dafür nötigen finanziellen Mittel sollen über eine Spendenaktion eingeworben wer-

den, in deren Rahmen sich 100 Personen mit jeweils 100 Euro beteiligen. Die Namen der Spenderinnen und Spender werden in unmittelbarer Nähe zum Denkzeichen auf einer Tafel im Foyer des Felsenkellers gut lesbar verzeichnet. Bisher haben sich schon über 60 Privatpersonen zur Unterstützung bereit erklärt. Auf der Spendenliste wird auch der Leipziger Stadtverband der LINKEN einen prominenten Platz einnehmen, denn der Stadtparteitag hatte am 26. September beschlossen, das Projekt mit 1.000 Euro zu unterstützen.

① Auch die Leserschaft des Mitteilungsblattes ist herzlich zur Mitwirkung eingeladen,

In diesem Falle wäre es wünschenswert, den gespendeten Betrag mit dem Kennwort „Denkzeichen für Rosa“ bis zum 30. Januar 2021 auf folgendes Konto zu überweisen: DIE LINKE Leipzig, Sparkasse Leipzig, DE11 8605 5592 1175 5039 20. Alle Spenderinnen und Spender werden zur feierlichen Einweihung des Denkzeichens am Freitag, dem 5. März 2021, herzlich eingeladen.

Moria 2.0 – Der Ausnahmezustand darf nicht zur Regel werden

Djamila Heß Veranstaltungsbericht zur Online-Diskussion des linXXnets



Als der Brand im Lager Moria die katastrophalen Lebensbedingungen der Geflüchteten auf den griechischen Inseln in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt hat, gab es eine umgreifende Hoffnung auf eine Besserung der Situation vor Ort. Allein in Deutschland haben sich bisher 203 Kommunen zur Aufnahme von Geflüchteten aus den griechischen Lagern bereit erklärt, der Bund versprach außerdem die Aufnahme von 1500 besonders schutzbedürftigen Personen. Aber was hat sich seitdem getan? In der Onlineveranstaltung des linXXnets diskutierten verschiedene Akteure die Situation vor Ort, reflektierten kritisch existierende Lösungsansätze und debattierten über Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher und kommunalpolitischer Akteure. Unter Moderation von Fabian Hillebrand (nd) kamen Juliane Nagel (DIE LINKE), Clara Bünge (Juristin/Equal Rights Beyond Borders), Franziska Grillmeier (freie Journalistin), Hanna Rotzinger (Seebrücke Leipzig), Anna Schäfer und Maurice Eichenseer (beide Seebrücke Chemnitz) nicht nur miteinander, sondern

auch mit zahlreichen Teilnehmer*innen ins Gespräch.

Die Lage auf Lesbos: Kara Tepe II – ein Moria 2.0?

Eingangs charakterisiert Franziska Grillmeier die inhumane Situation der Geflüchteten im neuen Lager Kara Tepe II: In dem provisorisch errichteten Lager leben die Menschen trotz der nun stark absinkenden Temperaturen weiter in Zelten, haben kein warmes Wasser und nur eine unzureichende medizinische Versorgung. Die Journalistin beschreibt die jetzige Situation als Tiefpunkt einer mentalen Krise der Geflüchteten und insbesondere der Kinder, was sich vermehrt in Panikattacken und Schlafstörungen der Bewohner*innen zeigt. Die griechische Regierung, unter deren Verantwortung die Lager stehen, missachtet mit der aktuellen Praxis willentlich die Bedingungen der Genfer Flüchtlingskonvention. Die Lager werden stattdessen in erster Linie als „Abschreckungsbollwerk“ gegen potenziell nachfolgende Flüchtende gesehen. Zusätzlich wird

die Dokumentation dieser problematischen Situation durch die Einschüchterung kritischer Pressevertreter*innen und den stark beschränkten Zugang zum Lager extrem erschwert, was dazu führt, dass immer weniger Bilder und Nachrichten die griechischen Inseln verlassen.

Das EU-Asylsystem als Abschiebesystem

Die Juristin Clara Bünge beleuchtet die rechtliche Perspektive auf die EU-Regelungen zum sogenannten „Migrationsmanagement“. Dabei nehmen die aktuellen Maßnahmen an den europäischen Außengrenzen die Funktion eines „Asylverhinderungssystems“ ein, bei dem Abschiebepatenschaften, Hotspot-Regelungen und Abschiebezentren eher auf die Verhinderung von Flucht, als auf ein geordnetes Asylverfahren zugeschnitten sind. Auch von den angekündigten Aufnahmen von 1500 Geflüchteten durch Deutschland sind bisher nur rund 150 im Land angekommen. Kommunen und Zivilgesellschaft für die soli-



darische Aufnahme von Geflüchteten
Aber nicht nur in der Bundespolitik, sondern auch in Leipzig selbst ist das politische Engagement für die Geflüchteten von Rückschlägen geprägt, wie Juliane Nagel beschreibt: Obwohl Leipzig durch den Stadtrat zum „Sicheren Hafen“ erklärt wurde, und laut Beschluss 100 zusätzliche Geflüchtete aufgenommen werden sollen, wird eine Umsetzung von Land und Bund blockiert. Wie Anna Schäfer betont, sind die im gesamten Bundesgebiet durchgeführten Aktionen der Seebrücke und anderer solidarischer Initiativen dennoch nicht umsonst: Es geht darum, Öffentlichkeit herzustellen, Druck auf politische Akteure aufzubauen und zu zeigen, dass die Aufnahmebereitschaft in vielen Kommunen hoch ist.

Was jetzt?

Flüchtende brauchen sichere Fluchtwege, Zugang zu Rechtsberatung, faire Asylverfahren und schließlich gute Aufnahmebedingungen in Europa und Deutschland. Wie aber lassen sich diese dringend benötigten

Veränderungen durchsetzen?

In der Diskussion kristallisierten sich zwei wichtige Punkte des zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Engagements heraus: Zum einen Öffentlichkeit, um weiter Lokal- und Bundespolitiker*innen unter Druck zu setzen. Auch wenn die Aktionsmittel zurzeit beschränkt sind, können Hashtagaktionen und Onlinedemos wichtige Aufmerksamkeit erzeugen. Wie Juliane Nagel betont, ist der Erfolg der digitalen Aktionen jedoch begrenzt. Es braucht auch den „Druck der Straße“ in nichtvirtuellen Demonstrationen. Auch ziviler Ungehorsam kann ein angemessenes Mittel sein, um auf die katastrophale Situation der Geflüchteten aufmerksam zu machen. Zum anderen braucht es Engagement für Geflüchtete in Deutschland: Auch diese brauchen gesellschaftlichen Support, Rechtsberatung und eine Verbesserung der Lebensumstände. Dafür kann und sollte sich jede*r Einzelne einsetzen, beispielsweise in Zusammenarbeit mit der Seebrücke oder in der Kommunalpolitik.

Bild: Dunya Collective

Fremde in der Heimat – Die Heimat und die Fremde

Gedanken von **Liliana Osorio de Rosen**

Zunächst möchte ich mich bei allen bedanken, die mir am 26. September 2020 ihr Vertrauen und ihre Stimme bei der Wahl für den Stadtvorstand gegeben haben. Damit bin ich in unserem Stadtverband das erste Parteimitglied und die erste Frau seit 1990, die mit einem Migrationshintergrund in dieses Amt gewählt wurde. Seit meinem Parteibeitritt habe ich viele mutige und engagierte Frauen und Männer aller Generationen kennengelernt und erlebt, die mich dazu inspiriert und ermutigt haben, selbst politisch etwas zu bewegen. Mein besonderer Dank gilt hier Adam Bednarsky, Steffi Deutschmann, Kay Kamieth, Volker Külow, Juliane Nagel, Sören Pellmann, Birgit Said, Hassan Zeinel Abidine sowie dem MigrantInnenbeirat, der Gesellschaft für Völkerverständigung e. V., der AG Lisa, der AG United und last but not least dem Liebknecht-Haus, die mich alle mit offenen Armen empfangen haben. Für mich war es eine Ehre, am 26. September im Felsenkeller für den Stadtvorstand zu kandidieren, - an jenem Ort, an dem am 27. Mai 1913 Rosa Luxemburg ihre berühmte Rede „Zur weltpolitischen Lage“ vor mehreren tausend Leipzigerinnen und Leipzigern hielt. Sie sagte damals: "Solange das Kapital herrscht, werden Rüstungen und Krieg nicht aufhören." Dieser Satz gilt auch heute noch unverändert.

Ich treffe oft Menschen, die genau wie ich Erfahrungen mit Diskriminierung machen mussten und müssen, ob als Frau, aufgrund ihrer Herkunft oder Religion, ihrer Hautfarbe, einer Behinderung oder einfach, weil sie anders denken. Das galt übrigens auch für Rosa Luxemburg, die als emanzipierte sozialistische Politikerin mit jüdischen Wurzeln letztlich Opfer von reaktionärer Gewalt wurde.

Ich bin zutiefst überzeugt, dass sich in diesem Land wie auch in Leipzig viel ändern muss. Meine Bestrebungen, insbesondere auf soziokultureller Ebene, richten sich hauptsächlich an Menschen, die unter den genannten Diskriminierungen leiden, und vor allem an People of Color (PoC). Sowohl mit meinen künstlerischen Mitteln als auch politischen Handlungen will ich ihnen beistehen und sie unterstützen. Rechtsradikalismus und Gewalt sind für diese Menschen besonders gefährlich, zersetzen aber zugleich die gesamte Gesellschaft. Um dagegen angehen zu können, brauchen wir dringend den Dialog zwischen der Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten sowie zwischen Jung und Alt.

Die Universitäts- und Messestadt Leipzig ist ein Ort der lebendigen Geschichte und Kultur. Unsere Stadt steht in Deutschland und weltweit nicht nur für lange Traditionen in Kunst, Wissenschaft und Literatur, sondern auch und vielleicht gerade deshalb für den Fortschritt. Als Ausgangspunkt der Friedlichen Revolution 1989 hat Leipzig ein Zeichen für den Frieden und gewaltlosen Protest gesetzt. Ich glaube, dass Leipzig heute im Zeitalter des Postkolonialismus wieder ein solches positives Zeichen setzen kann. Das rassistische und patriarchalische Denken aus der Kolonialzeit steckt immer noch in einigen Köpfen. Es wird aber

verschwinden, wenn wir bereit sind, miteinander zu kommunizieren, gegenseitigen Respekt und Toleranz zu zeigen und miteinander anstatt gegeneinander zu agieren. Es ist schon 30 Jahre her, als ich am 3. Oktober 1990 mit meinem damaligen Mann in Leipzig ankam und eher zufällig die ersten Feierlichkeiten zur Deutschen Einheit auf dem Marktplatz miterlebte. Sie waren ganz leise und nicht sehr spektakulär, für mich ein seltsames Gefühl. Ich empfand die Stadt damals als grau und fühlte ihre schwere Last und Traurigkeit. Auch wenn mir einige Ecken in Leipzig gefielen, wollte ich hier eigentlich nicht leben. Meine Heimat Kolumbien war unendlich weit weg. Doch irgendwann habe ich gelernt, diese Stadt zu schätzen und zu lieben. Und nun ist Leipzig zu meiner neuen Heimat geworden und ich bin glücklich, hier zu leben.

Ich kann mich sehr gut erinnern, wie wichtig die Einheit für das Land war. Mir war als würden zwei lang getrennte Geschwister, West- und Ostdeutschland, nach einer langen Trennung wieder zusammenkommen. Damals lagen sie sich in den Armen. Doch heute umarmen sich die Geschwister nicht mehr und sind nicht mehr einig. Es ist nicht mehr das politische System, das die beiden trennt. Es sind Egoismus und Unwissenheit, die die Menschen nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt voneinander trennen. Eine Annäherung bedeutet, aus der Komfortzone herauszukommen. Damit tun wir uns schwer. Doch am Ende sind wir überall Menschen. Also lasst uns reden. Wenn wir bereit sind, aus unseren Fehlern zu lernen, können wir wieder eine Gemeinschaft werden. Meine beiden künstlerischen Vorbilder Yoko Ono und John Lennon sagten einmal: "So wie wir Krieg erklären, müssen wir auch Frieden erklären. So werden wir Frieden haben, wir müssen ihn nur erklären." Wie die beiden hat jeder von uns den Traum von einer besseren Gesellschaft. Gemeinsam arbeiten wir dafür, ihn eines Tages zu verwirklichen.



Bild: Sludge G - CC BY-SA 2.0



Bild: © Isabel Rosen

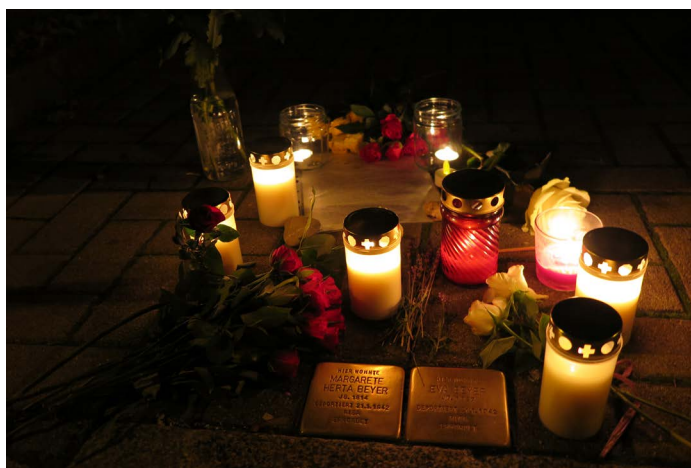


3 Bilder vom Gedenken im November

Bild links oben: Anlässlich des Jahrestags der Pogromnacht haben wir am 9. November 2020 an der ehemaligen Synagoge in der Gottschedstraße an die Opfer der NS-Herrschaft gedacht. Auf Grund von Corona fand die Ehrung dezentral in Kleinstgruppen statt.

Bild rechts oben: Auch die die GenossInnen von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten - VVN-BdA Leipzig waren beim Gedenken – wie immer – mit dabei.

Bild rechts unten: Am Abend des 9. November rief die Leipziger LINKE ihre Mitglieder dazu auf, sich an der stadtweiten Aktion "Mahnwache und Stolpersteine putzen", welche vom Erich-Zeigner Haus e.V. getragen wird, zu beteiligen. Dabei haben wir gemeinsam mit vielen anderen Interessierten stadtweit alle Stolpersteine geputzt und an die Opfer des sowie die KämpferInnen gegen den deutschen Faschismus erinnert.



Nicht nur zum Welttoilettag

Marco Böhme LINKE Leipzig fordert mehr saubere, ökologische und kostenfreie Klos für alle

Anlässlich des Welttoilettags der Vereinten Nationen am 19.11 organisierte der Leipziger Landtagsabgeordnete Marco Böhme zusammen mit dem INTERIM Projekte- und Abgeordnetenbüro eine Kundgebung auf dem Lindenauer Markt. Es ging zum einen um das Aufzeigen eines globalen Problems, nämlich dass 40 % der Menschen weltweit keinen Zugang zu Sanitäreinrichtungen haben und damit auch die Trinkwasserverfügbarkeit nicht sichergestellt ist.

Weiterhin ging es um die Forderung, dass es mehr öffentliche Toiletten in der Stadt Leipzig braucht, die jederzeit nutzbar und kostenfrei sind. Zu diesem Zweck wurde am Welttoilettag eine öffentliche Toilette auf dem Lindenauer Markt aufgestellt. Bereitgestellt wurde diese von der Firma Ökolo-GmbH, die chemiefreie Mobiltoiletten bereitstellen und die Forderung der LINKEN teilen.

Mit dieser Aktion wollen wir darauf hinweisen, dass viele Menschen in Leipzig mittlerweile dazu gezwungen sind, ihre Notdurft

draußen zu verrichten, weil es in der Stadt keine kostenlosen öffentlichen Toiletten gibt. Dies wollen wir ändern und forderten schon vor Jahren entsprechende Konzepte. Der Stadtrat hat dem auch mehrheitlich zugestimmt, nur hapert es noch immer an der Umsetzung. Das muss sich dringend ändern und auch deswegen haben wir die Sache für den Welttoilettag selbst in die Hand genommen.



kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Doppelausgabe:** Dieses Heft ist unsere Winter-Doppelausgabe für die Monate Dezember 2020/Januar 2021. Das nächste Mitteilungsblatt erscheint demnach erst wieder im Februar. Der Redaktionsschluss dafür ist am 1. Februar 2021. Bis dahin wünschen wir allen LeserInnen frohe Feiertage und einen guten Rutsch.
- **Einige wichtige Partei-Termine 2021:**
 - 23. Januar 2021** Gemeinsame Beratung Landesvorstand & Vorsitzende der Ortsverbände (vermutl. digital)
 - 26./27. Februar 2020** dezentraler & teildigitaler Bundesparteitag
 - 16. – 18. April 2021** Kreisvorsitzenden- & Aktionskonferenz der Bundespartei
 - 24. April 2021** Landesvertreter*innenversammlung & Landesparteitage
 - 21. – 24. Mai 2021** Frühlingsakademie der Bundespartei DIE LINKE
 - 19./20. Juni 2021** Bundesparteitag in Berlin
 - 26. September 2021** Bundestagswahl
 - 13. – 14. November 2021** 2. Tagung des 16. Landesparteitages

Gemeinsam voran!

Adam Bednarsky Ein beispieleloses Jahr endet. Wer hätte am 23. Januar 2020 zum Jahresauftakt im Felsenkeller mit LINKE-OBM-Kandidatin Franziska Riekewald und Gregor Gysi geahnt, dass Wochen später unser Leben durch eine Pandemie derart verändert werden würde. Für unseren Stadtverband war es folglich ebenso ein schwieriges Jahr. Wir haben uns nach besten Kräften gegenseitig unterstützt. Gemeinsam werden wir auch die aktuelle Corona-Welle meistern. Meine Bitte: Achtet auf die Genossinnen und Genossen neben euch. Gerade jene, die nicht einfach in die Welt der Internettelefonie „umschalten“ (umschalten) konnten, sind nur noch unzureichend in die Partei eingebunden. Nehmt den Jahreswechsel zum Anlass und ruft einfach mal bei euren GenossInnen aus dem gemeinsamen Orts- oder Stadtbezirksverband an. Das wäre ein tolles Zeichen der Solidarität.

Trotz alledem wurde vieles im Jahr 2020 durch uns geleistet. Wir erzielten mit Franziska einen starken dritten Platz im ersten OBM-Wahlgang. Nach der Vereinbarung unseres Positionspapiers „Mehr Leipzig wagen“, in dem zentrale kommunale LINKE-Forderungen fixiert sind, zogen wir unsere Kandidatin zugunsten von Burkhard Jung aus dem Rennen um den Leipziger Cheflinnesessel zurück. Mit der Kampagne „Leipzig kippt nicht!“ waren wir maßgeblich an der Wiederwahl von Jung beteiligt. Organisatorisch und personell vollzog der Stadtverband dieses Jahr große Neuerungen. Nach 30 Jahren in Amt und Würden übergaben Steffi und

Elke in der Geschäftsstelle den Staffelnstab an Kay und Christian. Deren Arbeitsplätze zogen in das Erdgeschoss des Liebknecht-Hauses, welches sich fortschreitend einer Renovierung und Ertüchtigung erfreut. Dazu gehört beispielsweise die technische Ausstattung, so dass unser altherwürdiges Haus mittlerweile auch als Schaltzentrale für dezentrale Basiskonferenzen genutzt wird, die wir im Vorfeld unseres Stadtparteitages durchführten. Dieser – erstmals als Gesamtmitgliederversammlung durchgeführte – Parteitag am 26. September stand schon unter dem Vorzeichen von Corona und führte uns die besonderen organisatorischen und personellen Herausforderungen vor Augen. Und wir haben sie gemeistert. Nunmehr stecken wir in der zweiten Corona-Welle und die für den 7. November geplante Nominierung unserer LINKE-DirektkandidatInnen musste abgesagt werden. Aktuell arbeiten wir daran, wie unter verschärften Corona-Bedingungen die Nominierung in Leipzig durchgeführt werden kann. Wir werden auch diese Zeiten als Stadtverband, der stetig wächst, erfolgreich meistern und auf dieser Grundlage in den Bundestagswahlkampf 2021 ziehen. Unsere Stadt hat in den letzten Jahren viel zu den Wahlergebnissen bei Bundes- und Landtagswahlen beigetragen, dies werden wir auch 2021 leisten. Und dazu eint uns ein Ziel: Die CDU erkläre bereits, dass sie Sören Pellmann das Direktmandat im Leipzig Süden abjagen will. Das werden wir gemeinsam 2021 verhindern – der Leipziger Süden bleibt rot!



Bild: National Library of Israel, Schwadron collection - CC BY 3.0

Wir sagen: Trotz alledem! DIE LINKE. Leipzig ruft zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf

Am Freitag, dem 15. Januar 2021, wird der Leipziger Stadtverband der LINKEN unter dem Motto „Wir sagen: Trotz alledem!“ des 102. Jahrestages der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gedenken. Die Partei ruft unter Einhaltung der Corona-Bedingungen um 17:00 Uhr in der Braustraße vor dem Liebknecht-Haus zum Erinnern auf, Rednerin ist Liliana Osorio de Rosen, Mitglied des Stadtvorstandes. Vorher wird an der Rosa-Luxemburg-Büste in der Gustav-Freytag-Straße ein Blumengebinde niedergelegt. Dazu erklärt der Pressesprecher der Leipziger LINKEN Kay Kamieth: „Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg von rechten Freikorpsoldaten in Berlin brutal ermordet. Der Leipziger Stadtverband hat sich als Mieter im Liebknecht-Haus stets zu seiner besonderen Verantwortung für das Erinnern an das Lebenswerk und revolutionäre Erbe von Luxemburg und Liebknecht bekannt. Die diesjährige Würdigung ist für die Leipziger LINKE auf den bevorstehenden 150. Geburtstag von Rosa Luxemburg (5. März 2021) und Karl Liebknecht (13. August 2021) ausgerichtet und in die aktuelle Tageskämpfe gegen Armut und Rüstungswahn sowie die Vorbereitung der Bundestagswahlen im September 2021 eingebettet.“

Fr., 15. Januar, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Sören Pellmann
im Gespräch
mit Jan Korte
DIE LINKE.

Am 14. Januar 2021
um 15.30 Uhr, live auf

Impressum

Herausgeberin:

Stadtverband DIE LINKE. Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
Mail: vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: wir-machen-druck, klimaneutral

Redaktion: Kay Kamieth (V.i.S.d.P.), Steffi Deutschmann, Tilman Loos, Sören Pellmann.

Gestaltung: Tilman Loos
Das nächste Mitteilungsblatt erscheint kommenden Monat. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 01.02., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnhalter Kürzungen vor.